

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Aufschlaggebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schiffverteilung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespartene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM.  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 15. April 1929

Nummer 87

## Die revolutionären Kandidaten zum Landtag für Dresden-Baugen

### Genosse Renner Spitzenkandidat in Leipzig

Wie wir erfahren, ist Gen. Rudolf Renner, der in den letzten Monaten im Bezirk Ostachsen für die Konsolidierung der Partei arbeitete, einmütig als Spitzenkandidat für die Liste 5 im Leipziger Wahlkreis nominiert worden. Die revolutionäre Arbeiterklasse Ostachsens gibt damit den Führern des vereinigten Blockes des Bürgertums, der Sozialdemokratie und den Brandleristen, die gegen den Genossen Renner als Vertreter der Politik der Kommunistischen Partei eine mühe Bekämpfung führen, eine eindeutige Antwort.

### Liste 5 im Erzgebirge/Vogtland

Der Bezirk Erzgebirge/Vogtland hat folgende Kandidaten für die Wahltagwahl nominiert:

1. Opitz, Max
2. Berg, Paul
3. Rischwih, Grete
4. Scheffler, Schwarzenberg
5. Schneider, Kleinbauer
6. Wittenbrun, Pflaun
7. Roscher, Podau

### Finanzkorrumpion in Preußen

Kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff

In den letzten Tagen mußte die bürgerliche Presse die von den Kommunisten im Hauptauschuß des Preussischen Landtages schon vor längerer Zeit aufgedeckten Finanzskandale der Preussischen Staatseisenbahn für die demokratische Minister Dr. Höpfer-Wischhoff verantwortlich ist, in ihrem vollen Umfange bestätigen. Allein die mit den Krediten der Preussischen Staatseisenbahn hat rund 50 Millionen Mark durch Betrügereien des russischen Weichgardisten Hjalmar verloren. Die deutschnationale geleitete Bank hat dem weichgardistischen Verbrecher lediglich auf vorgetäuschte „Sicherheiten“ hin Millionenkredite zu Spekulationszwecken eingeräumt. Die dadurch und durch andere Schwindelgeschäfte verkrachte Staatseisenbahn wurde nunmehr erneut von der Preussischen Staatseisenbahn der wertvollen Steuerzahler saniert.

Der Kasseienbankfinanzskandal ist aber nur ein Teil der riesigen Finanzkorrumpion der Preussischen Staatseisenbahn.

Bedäuflich wie die Kasseienbank wirtschafteten viele andere Banken der großagrarisch-landbäuerlichen Genossenschaften mit Krediten der Preussischen Staatseisenbahn, die in der leichtfertigen Weise gegen äußerst fragwürdige, meist in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Sicherheiten gegeben wurden.

Dem preussischen Finanzminister sowohl als auch der Leitung der Preussischen Staatseisenbahn mußte das mindestens seit dem Jahre 1924 auf Grund von Revisionen der Staatlichen Revision und Treuhänder A.G. bekannt sein. Trotzdem wurden die in den letzten Tagen hinein immer wieder neue Millionenkredite gegeben, die größtenteils als verloren zu betrachten sind.

Um welche ungeheure Summen es sich handelt, geht aus folgendem hervor:

605 Millionen RM Kredite wurden von der Preussischen Staatseisenbahn im Jahre 1924 ohne jegliche rednerische Grundlage ausgeben.

280 Millionen RM Kredite wurden im Jahre 1927 ohne Sicherheiten gegeben.

186 Millionen RM Kreditüberziehungen durch die landwirtschaftliche Genossenschaftskasse sind im Jahre 1927 laut Geschäftsbericht zu verzeichnen.

Neben der Verschleuderung von Millionen staatlicher Mittel beim Ankauf des Schwebelkonzerns, neben der Sanierung der Kasseienbank mit 40 Millionen Mark hat die Preussische Staatseisenbahn in den letzten Tagen die Landbundgenossenschaften mit 5 Millionen RM saniert, die Badische Bauernbank in Freiburg (Breisgau) mit 5 Millionen Mark saniert. Gleichzeitig schweben Verhandlungen zur Sanierung der unter Führung des Dr. Helm stehenden bayerischen Genossenschaften, wobei die Preussische Staatseisenbahn zugleich eine politische Korrumpion betreibt.

Obwohl die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag schon vor länger als einem Monat einen eingehend begründeten Antrag auf Einleitung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der riesigen Finanzkorrumpion hat und wiederholt Beweisaufstellungen darüber verlangte, haben Sozialdemokraten und Deutschnationale es verhindert, um den Skandal zu vertuschen, für den der Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff verantwortlich ist.

Die preussische kommunistische Landtagsfraktion hat deshalb am Sonnabend einen Misstrauensantrag gegen den Finanzminister eingebracht, um auf diese Weise die Regierung und die Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, zu zwingen, in öffentlicher Sitzung des Landtages zu dem Skandal Stellung zu nehmen. Ueber den Misstrauensantrag muß nach der Geschäftsordnung innerhalb 14 Tagen beraten und abgestimmt werden.

Liste 5:

### Gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik! — Für revolutionäre Klassenfront in Stadt und Land!

Dresden, 15. April.

Am Sonnabend dem 13. April tagte die erweiterte Bezirksleitung der KPD Ostachsen, an der sämtliche Mitglieder der neugewählten Bezirksleitung einschließlich der Vertreter der Unterbezirke und der Kandidaten teilnahmen. Nach eingehender sachlicher Aussprache wurde die endgültige Nominierung der Kandidaten der Liste 5 für den Wahlkreis Dresden-Baugen vorgenommen. Einstimmig wurde die nachstehende Reihenfolge festgesetzt:

- K ä d e l, Siegfried, Zimmermann, Pirna  
 R e n n e r, Rudolf, Schriftleiter, Dresden  
 S i e g e l, Bruno, Eisenbahner, Dresden  
 S i n d e r m a n n, Kurt, Metallarbeiter, Dresden  
 G l a h e r, Helene, Kaufm. Angestellte, Dresden  
 M ä h i g, Reinhold, Betriebsrat im Kraftwerk Hirschfelde, Schlegel-Burkersdorf  
 R e u h o f, Hans, Mechaniker, Gauleitungsmitglied des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Dresden  
 S o o p, Martin, Metallarbeiter, Dresden  
 G r u n e r, Paul, Betriebsrat der Städtischen Straßenbahn, Dresden

- S c h r a p e l, Alfred, Berufsschuloberlehrer, Dresden  
 S c h n e i d e r, Martin, Klempner, Dresden  
 G ü b e l, Otto, Hilfscaffner, Dresden  
 R i e t t, Robert, Textilarbeiter, Pirna  
 K ü n z e l m a n n, Emil, Tischler, Freital  
 M ü l l e r, Herbert, Lehrer, Reinhardtendorf  
 R i c h t e r, Adolf, Arbeiterratsvorsitzender bei Anton Reiche, Dresden  
 G e l a s, Bruno, Bürgermeister, Döberitz  
 B a r t h e l, Otto, Werkzeugschlosser, Bischofswerda  
 D u d e l, Ernst, Schulhausmann, Brand-Erbisdorf  
 M e r t e r, Erhardt, Angestellter, Wachwitz  
 T h o m a s, Willy, Textilarbeiter, Betriebsrat bei Wünschens Erben, Ebersbach

Die ostächsische Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung kennen die Namen aus den entscheidenden Kämpfen der Arbeiterklasse gut genug, um erkennen zu können, daß diese Vertreter der Liste 5 als die Verfechter der Interessen der werktätigen Massen angesprochen werden müssen. Für diese Liste muß sich jeder Wähler einsetzen, der gewillt ist, den Kampf

gegen die Kapitalherrschaft, Sozialverrat und Sozialfaschismus, gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik, für ein revolutionäres Bündnis der werktätigen Massen in Stadt und Land, für den Sieg der Werktätigen über die Diktatur des Trustskapitals

gemeinsam und unter der Führung der Kommunistischen Partei aufzunehmen. Deshalb ist die Entscheidung am 12. Mai nicht schwer. Sie muß lauten: Keine Vertikale Stimme den Parteien des Kapitals, keine Stimme, Klassenbewußte Arbeiter, den offenen und verkappten Reformisten!

Die Stimmen aller Werktätigen, die erkannt haben, worum es geht, gehören allein der **Kommunistischen Partei, Liste 5!**

## Schamloses Wahlmanöver der „linken“ SPD

Sensationalistische Kritik am Berliner Jörgiebel-Verbot

Berlin, 15. April (Eigene Drahtmeldung.)

Die Berliner Montags-Zeitung erhält von vertrauenswürdigster Seite folgende Mitteilung: Das Zwickauer „Sächsische Volksblatt“ hatte bekanntlich vergangenen Freitag die Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus über eine Demonstration revolutionärer Arbeiter am Moritzplatz in Berlin und die dabei erfolgten Zusammenstöße mit der Weberschrift versehen: „Der Belagerungsstand in Berlin und seine Resultate“ und folgenden Kommentar hinzugefügt:

„Es ist geradezu idiotisch, einen Zug von Jage und Schreie 400 mit Abzeichen „bewaffneter“ Leute als Gefährdung Berlins anzusehen.“

In den höheren Kreisen des Berliner Polizeipräsidiums hat diese Stellungnahme des sozialdemokratischen Volksblattes heftige Verurteilung erregt. Noch im Laufe des Sonnabend wünschelten verschiedene höhere Polizeioffiziere ein gerichtliches Vorgehen gegen das SPD-Blatt, da ja der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel auch gegen die kommunistische Presse bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit mit Anzeigen, Strafanträgen und Prozessen vorgehen versuche. Er dürfe deshalb auch die Beschimpfung „idiotisch“ eines SPD-Blattes auf sich und dem Berliner Polizeipräsidium nicht sitzen lassen. Es wurde darauf verwiesen, daß Jörgiebel in der vergangenen

Jörgiebel enthüllt selbst das „linke“ Pressemanöver!

Woche androhte, gegen sämtliche Zeitungen vorzugehen, die die Meldung aufnahmen, daß die aus der Untersuchungshaft entlassenen Gebrüder Sah in der Untersuchungshaft schwer mißhandelt und gefoltert worden waren.

Jörgiebel ist durch die Wünsche seiner höheren Mitarbeiter in außerordentliche Verlegenheit geraten. Ein solcher Prozeß gegen ein Parteiorgan Jörgiebels würde in den proletarischen Mitgliederkreisen der SPD ungeheure Empörung auslösen, andererseits läßt sich Jörgiebel von seinen Parteifreunden auch nicht gerade gern „idiotische Methoden“ vorwerfen.

Zur Befristung hat Jörgiebel auf die besondere Rolle der „linken“ SPD-Führer in Sachsen hingewiesen, deren schärferer Ton in der Presse und in Versammlungssagitation nicht als ernst bewertet werden müsse.

Es handle sich nur um notwendige Agitation zu den sächsischen Landtagswahlen.

Man müsse dem Wahlkampf Rechnung tragen. In der Praxis gebe es keinen Unterschied zwischen den sächsischen sozialdemokratischen Führern und den Reichsführern. Der sozialdemokratische „linke“ Himmel sei die beste Barriere gegen den Kommunismus.

Es ist bis zur Stunde noch nicht bekannt, welche Entscheidung das Berliner Polizeipräsidium gegenüber dem „Sächsischen Volksblatt“ treffen wird.

Die Arbeiterklasse aber ersieht daraus, daß die SPD-Führer im Reich und in Sachsen ein abgekartetes Spiel treiben. Da die Empörung der Arbeiter über den fälschlichen Jörgiebel wächst, wird vor den Sachsenwahlen wieder einmal das Maul vollgenommen. In der Presse rüdt man von dem Jörgiebelverbot ab und schimpft, und Herr Jörgiebel muß seinen bedrängten Untergebenen zustimmen, daß all dies ja nur Wahlmanöver sei.

So spielt die sächsische und deutsche Sozialdemokratie mit der ehrlichen Empörung der Arbeiter. Sozialdemokratische Arbeiter! Erkennt, daß dieses Spiel in allen Fragen mit euch getrieben wird. Antwortet darauf durch

Wahl von Kommunisten, Liste 5!

### Achtung! KPD-Betriebsräte!

Alle kommunistischen Betriebsräte

kommen am Dienstag dem 16. April 1929 19,30 Uhr zur Versammlung in die Innensäle, Vereinszimmer. Es spricht Genosse Paul Gruener, Betriebsratsmitglied der Städtischen Straßenbahn über:

„Welche Aufgaben haben die revolutionären Betriebsräte zunächst zu lösen?“

Au diesem Tage muß jeder kommunistische Betriebsrat zu dieser Versammlung erscheinen.

## Severing schreibt in der Grünen Post

Statt entlarvter Morgenpost-Artikelserie!

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Ulstein-Konzern hat auch an diesem Sonntag nicht gemagt, die Reihe der sozialdemokratischen Sonntagseinfahrten in der Morgenpost fortzusetzen. An dessen Stelle aber erschien Severing gestern mit einem Artikel in einem der Ulstein-Organ, der Grünen Post, wo er dem „Aufbau“ das Wort redet. Auf der gleichen Seite, auf der Severing schreibt, schreibt auch der Joo-Direktor Heit und der Filmkaufmann Horst Biel, und ein weiterer Beitrag auf der gleichen Seite trägt den bezeichnenden Titel: „Er legt faule Eier“. Die Grüne Post ist ein besonders auf die allgemeine Schichtenverflechtung der wertvollen Schichten eingestelltes Ulstein-Organ und will angeblich bereits eine Million Leser im Reich und auch in den Ländern erreicht haben.

## SPD-Schwindel über den Genossen Bied

Die Dresdner Volkszeitung vom Sonnabend bringt unter der Überschrift „Bied seines Amtes enthoben“ folgende Meldung des SPD-Friedenbüchles:

„Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß der kommunistische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Bied dieser Tage seines Amtes als Bezirksvorsitzender der SPD von Berlin-Brandenburg enthoben worden ist. Bied soll in Zukunft in einem Bureau der roten Hilfe als Angehöriger beschäftigt werden.“

Wie aus dem Zentralkomitee mitteilt, ist die Meldung von A bis Z erlogen: Genosse Wilhelm Bied wurde niemals seiner Funktion als Bezirksvorsitzender der SPD Berlin-Brandenburg enthoben und seine Beziehungen zur roten Hilfe sind die gleichen wie schon immer. Er ist ihr Vorsitzender. Daß es auch nicht die mindesten politischen Differenzen zwischen dem Genossen Bied und der übrigen Führung der Partei gibt, ist jedem bekannt, der die innerparteilichen Auseinandersetzungen verfolgt hat. Die Meldung der SPD soll nur der Verwirrung der Anhänger der kommunistischen Partei dienen. Gerade der Schwindel über den Genossen Bied ist jedoch so durchsichtig, daß man über seine Klumpheit nur lächeln kann.

## Dorpmüller bleibt bei seinem Nein!

Heute abend Dresdner Funktionärerversammlung des EDV

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände verhandelten am Sonnabend mit der Generaldirektion der Reichsbahn wegen der notwendigen Verabreichung von Lokomotivführern und über den Lohnmittelpunkt bei der Reichsbahn. Dorpmüller hat bei diesen Verhandlungen zu erkennen, daß er noch wie vor jede Forderung der Eisenbahner ablehnen müsse, da die Auenlage der Reichsbahn AG eine solche „nicht gestatte“.

Die reformistischen Führer des Eisenbahnerverbandes ziehen im Kreise umher und versuchen mit allen Mitteln, den Ausbruch eines Kampfes zu verhindern. Der Bezirksvorstand des EDV von dem Reichsbahndirektionsbezirk Sachsen nahm wieder einmal eine Resolution an, in der er sich hinter Scheffel stellte und erklärte, daß ein Streit für ihn nur auf Annahme des Verbandesverbandes in Betracht komme.

In der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 84 vom 11. April schreibt der Vorsitzende des EDV, Franz Scheffel, einen Artikel: „Sympathien für die Eisenbahn“ Scheffel verteidigt darin die Haltung des Vorstandes und wehrt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man in den Kreisen der reformistischen Eisenbahner die Auflösung eines Streikes denkt. Er schreibt wörtlich folgendes:

„Es ist trivial, den Eisenbahner zu unterscheiden, sie liebäugeln mit Streiks. Sie und ihre Organisationsleitungen haben Verständnis und Gewissen gegen Arbeitsniederlegungen nicht zu präzisieren oder sie auch nur zu begründen. Ihre bisherigen Maßnahmen beweisen das deutlich genug. Sie sind aber auch durchdrungen von der absoluten Notwendigkeit einer Lohnreduzierung und ebenso von der Möglichkeit der Gewährung. Der Streit ist nicht Selbstzweck. Sie haben aber die Pflicht, sich auf alle Eventualitäten einzustellen. Daß eine friedliche Lösung des Lohnstreikes einem Streit vorzuziehen ist, bedarf keiner Erläuterung. Dabei haben die Gewerkschaften sowohl die allgemeine Wirtschaftslage wie auch die Verhandlungen in Paris im Auge. Aber gerade deshalb gehen sie bis an die Grenze des für sie Erträglichen. Ihr Verantwortungsbewußtsein bedarf einer weiteren Stärkung nicht.“

Die Verleumdungspolitik, die die reformistischen Führer einschlagen, muß endlich bei den Eisenbahner die Erkenntnis mahnen, daß ein schändlicher Verrat an ihnen durchgeführt werden soll. Von Tag zu Tag steigt die Kollage der Eisenbahnerfamilien mehr. Wochen wird es noch dauern, bis der Aufbruch zwischen Scheffel und Dorpmüller eine Erledigung gefunden hat. Die Eisenbahner können und dürfen nicht warten, sondern haben die Aufgabe, in den Betrieben zum Kampf zu schreiten.

## Eine schöne Internationale

Deutsche Sozialfaschisten müssen die Aufrufe der Amsterdamer Internationale fälschen

Der wenigen Tagen haben wir das tragikomische Schicksal des Aufrufes der 2. Internationale in der sozialdemokratischen Presse Deutschlands festgestellt. Obwohl der Aufruf, der aus der Feder des „linken“ Friedrich Adler kam, ein echtes Produkt der heuchlerischen sozialpatriotisch-pazifistischen Ideologie war, haben ihn in Deutschland eine Anzahl sozialdemokratischer Blätter überhaupt nicht abgedruckt, während das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, ihn dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinenden „Abend-Vorwärts“ überwies, wo der unglückliche Aufruf an unauffälliger Stelle, in „schlichter“ Aufmachung abgedruckt wurde. Das „Vorwärts“ des Mai-Aufrufes der Sozialimperialisten bestand darin, daß in ihm eine harmlose Aufforderung zu Demonstrationen am 1. Mai enthalten war, was die Züge der Faschisten, die über Berlin, Hamburg und andere Städte am 1. Mai den Belagerungsstand verhängen, in eine höchst peinliche Lage brachte.

Inzwischen ist der Aufruf der Amsterdamer Internationale (AI) erschienen. Die reformistischen Parteien der internationalen Bourgeoisie lehren ihre bekannten verlogenen Phrasen über Abstraktion, Völkerverbrüderung und Antifaschismus ab. Von Arbeiterrückzug kein Wort. Die Sprache der Sozialimperialisten ist allen bekannt, als daß es nötig wäre, den wahren Sinn ihrer Worte, die Unterfütterung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie, noch einmal zu enthüllen. Interessant ist nicht der Aufruf selbst, sondern sein Schicksal in der SPD-Fresse.

Dies mußte nämlich der „Vorwärts“ eine offene Fälschung begehen, um der Selbstentlarvung des deutschen Sozial-

## Von Gieg zu Gieg

Gewaltige Mehrheiten im Kabelwerk Oberspree und AEG, Aderstraße — Reformistische Niederlage in der Thodeschen Papierfabrik in Freital-Hainsberg

Berlin, 15. April. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonnabend fanden in mehreren AEG-Betrieben die Betriebsratswahlen statt, die einen neuen überwältigenden Sieg der Opposition und weitere katastrophale Niederlagen für die reformistischen Listen gebracht haben.

Die abgegebenen Stimmen verteilten sich wie folgt:

AEG Aderstraße

Abgegebene gültige Stimmen: 2557.

Opposition	1424 Stimmen
Reformisten	1056

## Auftakt zur Landtagswahl Die ersten Sammeilergebnisse

Noch sind nicht alle Ergebnisse eingegangen, aber die wenigen Meldungen zeigen, daß der erste Großsammlertag — der geistige Sonntag — ein guter Auftakt gewesen ist.

Es wurde bisher gesammelt:

Stadtteil VI Cotta	70 Markt
Stadtteil Striesen	130
Stadtteil Leuben	130
Stadtteil II Johannisbad, 2. Rate	150
Stadtteil V Neustadt-St.	250

Vorläufiges Ergebnis 734 Markt

Jetzt gilt es, mit verstärkter Kraft die Sammlungen fortzusetzen!

Die Opposition erhält im Arbeiterrat 8 Sitze (im Vorjahre 2), die Reformisten besitzen 6 Sitze (im Vorjahre 7).

Nach stürmischer war der Vormarsch der Opposition im Kabelwerk Oberspree-Oberflächenwerke:

Kabelwerk Oberspree

Wahlberechtigt waren 5352 Kollegen, davon haben 4534 ihre Stimmen abgegeben. Die Stimmen verteilten sich folgendermaßen:

Opposition	2427 Stimmen
Reformisten	1774
Schleifen	262
Ungültig	151

Somit erhält die Opposition im Arbeiterrat 11 Sitze (im Vorjahre 6), während die Reformisten sich mit 8 Sitzen (im Vorjahre 15) begnügen müssen.

Besonders hoch ist der Erfolg der Opposition im Kabelwerk Oberspree zu bewerten. Das Kabelwerk galt als eine reformistische Hochburg, die jahrelang von den Reformisten beherrscht wurde. Bei den Vorschlägen zum Arbeiterrat schlug die Parteiführung vor, daß die Opposition sich mit einer Mehrheit von 7 Sitzen im Arbeiterrat begnügen solle.

Die Auszählung der Stimmen in der AEG Brunnenstraße findet erst am Montag statt.

## Der Sieg in Freital

Einen glänzenden Erfolg errang die Opposition bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten in der Betriebsversammlung der Firma Thodesche Papierfabrik in Hainsberg-Freital. 28 Kandidaten waren vorgeschlagen. Zu wählen waren 7 aktive und 7 Ersatzbetriebsräte.

335 Kollegen beteiligten sich an der Wahl, davon waren 312 Stimmen gültig. Es entfielen auf aktive Betriebsratsmitglieder: Kollege Meinig (Opposition) 205; Kleber (SPD) 286; Wolschmuth (parteilos) 261; Ritter (SPD) 251; Lohes (parteilos) 231; Friedrich (Opposition) 229; Hengst (Opposition) 223; Kunisch (parteilos) 220 Stimmen.

Der leitende SPD-Betriebsrat Willy Altermann erhielt nur 133 Stimmen.

Arbeiter! Demonstriert am 1. Mai mit der Partei! Kart Liebsteins und Lenins!

Wählt am 12. Mai nur Kommunisten! Seite 31

## Bauhner Metallarbeiter lehnen Lohnabkommen ab

Die Urabstimmung in den Bauhner Metallbetrieben ergab, daß sich 832 Arbeiter gegen das Lohnabkommen und 411 für dessen Annahme aussprachen.

## SPD-Fraktionsherrschaft im VfZuB

Reformistischer Terror auf der Bezirkskonferenz / Ein Scheinieg — keine Mitglieder-Eroberung

Die ostfälische Bezirkskonferenz des Verbandes für Freiheitskämpfer und Revolutionäre am 14. April zeigte eine zunehmende reformistische Mehrheit, wobei 14 Delegierte von Dresden nicht von Mitgliedern gewählt, sondern in einer SPD-Fraktionswahl oder reformistischen Bezirkswahl bestimmt worden waren. Dies sollte der eingeschlagene Spaltungskurs launföngert werden.

Gen. Hartwig sprach über unsere Stellung zu den politischen Parteien. Er küßte sich, sich klar und deutlich zur Politik der SPD zu äußern. Allerdings gab er zu, daß die SPD Konzeptionen an das Bürgerturn macht, aber das liegt in der Struktur dieser Partei. Die SPD habe eine ganz andere Struktur.

Sie ist verankert in den Betriebszellen und hat fast nur Arbeiter in ihren Reihen!

Auch herrscht in der SPD eine revolutionäre Disziplin. Diese strenge Disziplin wirkt sich aber zum Dogma aus. In die Freiheitsbewegung würde Parteipolitik nur von der SPD hineingetragen. Wenn die SPD eine bessere Kulturpolitik betreiben würde, wäre die Freiheitsbewegung überflüssig, deshalb ist es falsch, innerhalb der Freiheit die freundschaftliche Politik der SPD zu bekämpfen (!!). Er wachte natürlich nicht, zuzugeben, daß unter der Mitarbeit der SPD im bürgerlichen Staat die Kirche ihre Machtbefugnisse immer stärker entfalten kann.

Gen. Wehnert (Zittau) geißelte die Verflechtung der Gewerkschaften durch Hartwig. Klar stellte er die Frage, warum die Reformisten den Verband wählten, warum die Koalitionspolitik innerhalb des Verbandes unterjocht wird. Hartwig habe nicht ein Wort vom Reformismus erwähnt, auch nicht ein Wort gegen die Ausschüsse gelangt. Damit muß Hartwig als ein „linker“

Phrasenheld bezeichnet werden, der keine Stellung gegen die Koalitionspolitik einzunehmen wage. Im Schlusswort erklärte Hartwig, daß derjenige kein guter Revolutionär ist, der auf jede Maßnahme des Kapitalismus mit dem Kampf antworten will, sondern derjenige, der abwartet, bis er die Mehrheit hinter sich hat. Er dachte natürlich auch hier nicht daran, zu zeigen, wie man die Mehrheit erobern kann. Aber bezeichnend war die Anmerkung, daß der Großindustrielle Stinnes der Wegbereiter des Sozialismus war, wobei, daß er so zeitig gestorben ist. Deutlich sagte er, daß nur die SPD im Verband bestimmend sein muß und die SPD-Freidenker nicht hineingehören. Damit war jeder „Unterschied“ zwischen dem „linken“ Hartwig und den Reformisten klar und deutlich aufgegeben, nur daß Hartwig ein radikales Phrasen mehr verwendet. Nach, als Sekretär, erstattete Bericht für die Bezirksleitung. Von „Bericht“ konnte man eigentlich nicht reden, sondern es handelte sich nur um eine plumpe Kommuniqué bis zum Ende. Nur mit Mühe und Verleumdung konnte er seine Spaltungspolitik vertreten. Seine Ausführungen gipfelten in der Richtung, daß das Tischbuch zerhackt werden muß.

Gen. Müller (Grimma) stellte fest, daß nach dem Willen der SPD der Verband zu einem Besatzungsverein werden sollte. Deshalb müßten alle Kommunisten und Parteifreien beteiligt werden. Der 6. Weltkongress der kommunistischen Internationale habe im Gegensatz zum Brüsseler Kongress ein klares Bekenntnis in der Frage der Religion abgelegt und in diesem Sinne liegt die Arbeit der Kommunisten in der Freiheitsbewegung. Auch andere Delegierte waren mit dem Bericht des Tisch nicht zufrieden, da er nicht imstande war, Vorschläge zur besseren Arbeit zu machen. Gen. Wehnert stellte fest, daß von der Bezirksleitung der Kampf gegen das Konfessionslaborat wird, indem den Gruppen, die eine Kundgebung mit Gen. Maslowitz planen, Ausschüsse angedroht werden. Da auch Sozialdemokraten Kritik an der Bezirksleitung übten, mußte der „linke“ Hartwig die Situation retten. In brutaler Weise griff er die Kritiker an und erlaubte sich, den Gen. Wehnert aufzufordern, das Volk zu verlassen.

Nach durfte seine Unfähigkeit im Schlusswort nicht mehr zeigen, da seine Ausführungen zu plump gewesen waren.

Bedeutende Anträge wurden angenommen: 1. Jeder Funktionär muß politisch und gewerkschaftlich organisiert sein. (Zeit erkennen auch die parteilosen Delegierten, wobei der Verband gehen soll. Parteilosie und oppositionelle Gewerkschaften dürfen kein Mitbestimmungsrecht mehr haben.) Dieser Antrag wurde gegen 12 Stimmen angenommen. 2. Alle zwei Jahre wird die Renwahl der Bezirksleitung vorgenommen. Dieser Antrag wurde gegen 9 Stimmen angenommen. Damit wird der Mitgliedschaft kein Mitbestimmungsrecht mehr eingeräumt. Bei der Renwahl der Wahlen zum Bezirksvorstand kam die Auswirkung der Anträge bereits zum Ausdruck. Eine studentische SPD-Bezirksleitung wurde von der SPD-Fraktion in Vorschlag gebracht. Gen. Zula (Lößau) ist einstimmig vom Unterbezirk als Mitglied der Bezirksleitung vorgeschlagen. Trotzdem wurde er nicht gewählt. Gen. Schmitz (Pirna), der jahrelang die Kulturarbeit im Bezirk geleitet hat, und an dessen Arbeit auch von der SPD keine Kritik geübt werden konnte, wurde ebenfalls nicht mehr gewählt. Die Parteilosien waren mit Recht über diese Maßnahme empört. Schändlich war die Forderung, Gen. Zula sollte sich betätigen, der SPD beizutreten, dann würde er wieder gewählt. Er hat es abgelehnt, eine derartige Korruption mitzumachen. Gegen 14 Stimmen wurde die SPD-Fraktionsleitung gewählt und damit die Konferenz beendet. Wir werden morgen auf die Bedeutung dieser Konferenz noch eingehen. Heute sei bereits gesagt: für die entscheidenden Freiheitskämpfer als bisher die Aufgabe, den reformistischen Spaltungskurs im genannten Bezirk zu bekämpfen und die Mitgliedschaft unter der Führung der Opposition zu sammeln für eine Niederrückung der Reformisten und für den Sieg einer entschiedenen marxistischen Politik im Verband.

# Eine halbe Milliarde mehr Steuern!

### Heraus zum Kampf gegen die Massenausplünderung!

Der Beschluß des Reichskabinetts auf der Basis des Finanzabkommens der Koalitionsparteien weiter zu regieren, ist der Beginn verschärfter steuerlicher Massenbelastung für das Proletariat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich in der Frage der Bewilligung der zweiten Rate des Panzerkreuzers noch einmal ein demagogisches Manöver erlaubt hat, stimmte diesen unerhörten Koalitionsvereinbarungen, die dem Besitz ein direktes Steuergesetz in Höhe von 154 Millionen bringen, während die Massen noch schwerer belastet werden, zu. Nicht laut genug kann man daher alle Werkstätten in Stadt und Land aufrufen und ihnen klarmachen, was diese Vereinbarungen an neuer steuerlicher Massenbelastung für die proletarischen Verbraucherfraktionen bringen. Alle bisherigen Vermutungen werden noch bei weitem übertroffen. Alles in allem peitschen die Parteien der Großen Koalition und ihr sozialdemokratischer Finanzminister die direkten Massensteuern und die Verbrauchsabgaben, um

**über eine halbe Milliarde höher als der Bürgerblock.** Da der Bürgerblock nicht umsonst dadurch berichtigt war, weil er alle Massensteuern schon auf eine Rekordhöhe hochschraubte, so bedarf es keiner weiteren Worte mehr, um das Uebertrumpfen des Bürgerblocks durch den sozialdemokratischen Finanzminister zu kennzeichnen.

Nachstehend eine Zusammenstellung über die endgültige Erhöhung oder höhere Einschätzung der direkten Massensteuern und der Verbrauchsabgaben:

Mehr als der Bürgerblock	
<b>Titel</b>	<b>Ursprünglicher Vorschlag Hülferdings im Statmentwurf auf Erhöhung bzw. höhere Einschätzung der Verbrauchsabgaben einschließlich Biersteuererhöhung:</b>
Berzigt auf die weitere Erhöhung der Biersteuer minus	475 Millionen
bleiben	165 Millionen
<b>Zusammen nach den Vereinbarungen der Koalitionsparteien:</b>	<b>310 Millionen</b>
Mehr aus der Lohnsteuer (das je zur Hälfte der Knappschaff und der Invalidenversicherung zugeführt werden soll und in beiden Fällen ein indirektes Geschenk an die Kapitalistenklasse bedeutet).	150 Millionen
Mehr aus der Postabgabe	35 Millionen
Mehr aus der Tabaksteuer	35 Millionen
<b>insgesamt</b>	<b>530 Millionen</b>

Hierzu ist noch kurz zu bemerken, daß die 75 Millionen für Knappschaff einer Subvention an das Kohlenhandelsamt gleichkommt, das dadurch von einer Lohnserhöhung im Ruhrbergbau zum 1. Mai entlastet werden soll. Nicht weniger schamlos ist die Vereinbarung, wonach das Defizit der Invalidenversicherung aus den Taschen der Arbeiter gedeckt werden soll.

In Wirklichkeit werden sogar die Summen, die aus der Lohnsteuer und den Verbrauchsabgaben in die Reichskasse fließen, noch weit höher sein als der Anschlag. Statt daraufhin die Steuern zum mindesten zu senken, da nicht damit zu rechnen ist, daß der Reichstag die kommunalistischen Anträge auf Verringerung aller Massensteuern annehmen wird, werden die Ueberhörschüsse dazu benutzt, um entweder direkt als Subvention dem Kapital zugeführt zu werden oder auf Erhöhung der Besteuern zu verzichten. Eine Ueberblick über die ersten 11 Monate des Rechnungsjahres 1928 zeigt, daß nicht nur bei der Lohnsteuer mit einem Ueberhörschuss von rund 200 Millionen zu rechnen ist, sondern

daß ebenso die Tabak-, Zucker- und Biersteuer weit mehr einbringt, als ursprünglich angenommen. Aus den drei letzten Steuern dürften schätzungsweise im Rechnungsjahr 1928, das am 31. März 1929 abgelaufen ist, allein 130 Millionen Mark mehr einkommen, während bei der Erbschaftsteuer und bei der Kapitalverkehrssteuer bereits jetzt mit einem Ausfall von rund 90 Millionen zu rechnen ist.

Schließlich sei gegenüber dem demagogischen Täuschungsmanöver der SPD-Presse nur noch kurz festgestellt, — wie aus obiger Statistik ersichtlich — daß der unter dem Druck der Massen erfolgte Verzicht auf die besonders unpopuläre Erhöhung der Biersteuer durch die neue Vereinbarung zuungunsten der Arbeiter bei weitem wettgemacht wurde, denn diese sehen noch 55 Millionen mehr vor, als

Hülferding ursprünglich in seinem Statmentwurf einlegte. Das ist also das Ergebnis des letzten Koalitions-Schachers! Und die vorgeschaltete Komödie einer „Krise“, die Panzerkreuzeraffäre, die damit endete, daß die SPD-Minister entgegen allen Beschläßen der sozialdemokratischen Arbeiter für die zweite Rate stimmen werden — das alles diente nur zur Verhüllung dieser ungeheuerlichen Verschärfung der Massensteuern!

### Massenkampf gegen Massenausplünderung!

Die Antwort der arbeitenden Massen auf diesen neuen Anschlag der Koalitionsdiktatur wird in der verstärkten proletarischen Gegenoffensive gegen die Verbrecher der Trustbourgeoisie und ihrer reformistischen Lafaien bestehen.

## „Sozialdemokratie als Blod gegen den Kommunismus“

Der Düsseldorfener Mittag, ein Organ der Industrie-Berlags-AG, der auch die Deutsche Bergwerkszeitung herausgibt, nimmt zur Regierungskrise Stellung. Der Mittag nimmt Bezug auf das Ultimatum des Zentrums, da die Sozialdemokraten den Panzerkreuzer schließen müssen. Der Mittag schreibt:

„Das ist nun nicht zu machen gewesen. Die große Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion hat sich offenbar gesagt, das können wir nicht und ihre Gründe liegen auf der Hand. Die Betriebsratswahlen haben deutlich gezeigt, daß der Kommunismus auf dem Vormarsch ist. Bewilligen wir jetzt auch noch den Kreuzer, von dem es in der Denkschrift Groeners heißt, daß er gegen Osten, d. h. gegen Sowjetrußland, gebaut werde, dann ist bei den nächsten Reichstagswahlen kein Halten mehr und man muß diese Ueberlegung in der Tat in Erwägung ziehen. Auch dem Zentrum könnte es zu denken geben, daß bei den Betriebsratswahlen der Harvester Kompagnie, in dem fast ganz katholischen Reuß die Kommunisten 909, die Christen nur 203 und die freien Gewerkschaften nur 284 Stimmen erhalten haben. Es kommt nur darauf an, wie die übrigen Parteien den Wert der Erhaltung der Sozialdemokratie als Blod gegen den Kommunismus

einschätzen. Sind sie der Meinung, daß dieser Wert groß ist, dann müssen sie Verständnis für jene Ueberlegung der sozialdemokratischen Fraktion ausbringen; sind sie aber der Meinung, daß der Bestand der Sozialdemokratie für sie und die Allgemeinheit nicht wichtig ist, dann werden sie an ihrem Verlangen festhalten, die Sozialdemokratie müsse gezwungen werden, für den Panzerkreuzer zu stimmen — Es ist als Ausweg vorgeschlagen worden, man solle der sozialdemokratischen Fraktion freie Hand lassen, die sozialdemokratischen Minister aber zwingen, für den Panzerkreuzer zu stimmen. Das scheint uns aber kein Ausweg zu sein, denn die Mosauer werden daraus nur noch einen kräftigeren Agitationsstoff gewinnen. Man könnte heulen über diese elende Lage, über diese Verworfenheit. — Entweder das erbärmliche Fortwursteln wie bisher, oder eine Reichsregierung, und dann lauern im Hintergrunde zwei große Gefahren: die Diktatur und der Kommunismus.“

Diese Klarheit eines bürgerlichen Organs, das der Schwerindustrie Verlag herausgibt, kann nicht mehr überboten werden. Alle Arbeiter in den Betrieben müssen von dieser Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie durch die kapitalistische Presse Kenntnis bekommen.

## „Sozialreaktionär wie Bürgerblodetat!“

### Wertvolle Eingeständnisse der sozialdemokratischen Presse — 74,2 Millionen Sozialetatssabtriche

Die sozialdemokratische Presse schlägt vor Begeisterung Fuzelbäume. Trotz der „festen Haltung“ ihrer Reichstagsfraktion in der Panzerkreuzerfrage sei die Große Koalition zustande gekommen? — Wir haben bereits dieses neue Scheinmanöver gegenüber der Arbeiterschaft, Minister dafür — Fraktion dagegen — gekennzeichnet. Das Riesengeheul der SPD-Blätter soll einmal diese plumpe Demagogie verlassen, zum anderen aber von der Niederlage und dem Verrat am Proletariat ablenken, den die sozialdemokratischen Führer durch ihre Kapitulation vor den reaktionären Etatsforderungen der Trustbourgeoisie vollzogen hat.

Die kommunistische Presse hat schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das „Sparprogramm“ hauptsächlich aus Abstrichen am Sozialetat bestehe. Die sozialdemokratische Presse hat bisher aus Furcht vor der Arbeiterschaft die Abstriche an den einzelnen Etatposten der Deffektivität verschwiegen und an dessen Stelle das Blaue vom Himmel heruntergelogen. So schwindelt noch die Rheinische Zeitung vom Donnerstag „gegenüber den Lügen der kommunistischen Presse (!)“ sich festzustellen, daß am Sozialetat keinerlei Abstriche erfolgt sind, die eine Einschränkung irgend

einer sozialen Leistung bedeuten.“ Und die „linke“ Plauener Volkszeitung darf natürlich in dieser Lügenfront zur Deckung der sozialimperialistischen Parteivorstandspolitik nicht fehlen. Nachdem sie vorher die Haltung der Reichstagsfraktion in der Panzerkreuzerfrage zu bemühem Zwecke lobend hervorgehoben hat, erklärt sie zur Frage des Etats und der Invalidenversicherung:

„In diesem Punkte hat die sozialdemokratische Fraktion in angetordentlich begrüßenswerter Weise über den Kopf der Minister hinweg die Aufrechterhaltung ihrer Verbesserungsanträge beschloffen!“

Ein reiner dummdreister Bluff! Diese Verbesserungsanträge wurden schon vor längerer Zeit zur Beruhigung der Arbeiterschaft über das Wüstliche Schandregiment beschloffen. Die SPD-Reichstagsfraktion dachte nie an ihre Durchsetzung und hat ihr Einverständnis erklärt, daß diese Anträge keiner weiteren Beratung unterliegen. Aber noch besser wird dieser Schwindel durch die Tatsache entlarvt, daß es in der Regierungserklärung der Großen Koalition, die von allen Regierungsfractionen einstimmig angenommen wurde, heißt:

„Die Reichsregierung erwartet, daß die vorgenannte Fraktion des Reichstages etwaigen Anträgen auf höhere Ausgabenbewilligungen den erforderlichen Widerstand entgegenlegen!“

Damit ist das läugerische Spiel der sozialdemokratischen Presse entsprechend gekennzeichnet. Wollends entlarvt wird es durch die Meldung des Freitagmorgen Vorwärts, der sich endlich genötigt sieht, die Abstriche am Etat, die bei dem Koalitions-Schacher vereinbart wurden, zu veröffentlichen. Darunter sind 25 Millionen bei den Kapitalabschreibungen der Kriegbeschädigten, 3 Millionen an Unterstützungen der Krankenempfangler an der Saargrenze, 20 Millionen bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge, 20,2 Millionen bei den Kanalbauten, die also liegen bleiben und damit zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen; 5 Millionen zur Vinderung der Not der unteren und mittleren Beamten; 1 Million bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Das sind zusammen 74,2 Millionen Mark, bei einer Höhe der Abstriche von insgesamt 179 Millionen, also 42 Prozent an reinen Abstrichen des Sozialetats.

Lassen wir zum Schluß noch das Urteil des Sächsischen Volksblatts der SPD Zwickau über den Koalitionsstat folgen, daß dieses angeht die ungeheuerlichen Abstriche am Sozialetat unter dem Druck der Arbeiter zu fällen gezwungen ist.

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, ohne Rücksicht zu den Einzelheiten der Deckungsnotlage Stellung zu nehmen, mit Stimmenmehrheit die Deckungsnotlage angenommen. Durch diese Vorlage ist der soziale Inhalt des vorliegenden Reichsetats durchaus nicht beeinträchtigt worden, der Etat ist noch genau so unsozial, wie der Etat der letzten Bürgerblodregierung. Es wird weiter regiert, ohne Rücksicht auf die sozialen Wünsche der unteren Volksfraktionen. Der Etat der Reichsregierung, der den Massen keine Erleichterung, sondern nur neue Lasten bringt, wird in Wausch und Bogen sehr schnell verabschiedet werden!“

Dieses Urteil müssen die sozialdemokratischen Arbeiter dahingehend ergänzen, daß sie endlich Schluss machen mit ihrer Partei und endgültig mit dem Reformismus brechen. Ihr Platz ist in den Reihen der KPD, die allein nur wirksam mit ganzer revolutionärer Kraft für die wirtschaftlichen und politischen Interessen kämpft.

## Linke SPD-Führer zum Verbrechen an den Arbeitsinvaliden

Zur Weigerung der sozialdemokratischen Koalitionsminister, den alten und invaliden Arbeitern auch nur für einen Pfennig Verbesserungen zu bewilligen, schreibt die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung am 28. Februar:

„Man müßte nun eigentlich annehmen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion geradezu unerhörte Forderungen zum Ausbau der Invalidenversicherung gestellt hat. Diese Forderungen sind allerdings nach unserer Ansicht unangemessen bescheiden, entsprechen bei weitem nicht dem, was durch die Veränderung der sozialen Verhältnisse schon längst notwendig geworden ist. Vor allem fehlt die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre. Die rationalisierte Industrie verbraucht die Arbeitskraft des Proletariats schneller und gründlicher als früher. Die notwendige Anpassung des Gesetzes an diese Tatsache würde durch die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 60 Jahre nur in sehr bescheidenem Maße vorgenommen.“

Sehr richtig. Aber selbst diese jämmerlichen Forderungen der SPD werden von Wisse II als unerfüllbar bezeichnet, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verzichtet auf Weiterverfolgung ihrer eigenen Anträge.

Wohlbekannt nun die Leipziger Volkszeitung das Verbrechen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion? Keineswegs. Die ZV hat nur eine Sorge, die sich in folgenden Worten ausdrückt:

„Die Folgen mag sich jeder selbst ausmalen, aber auch den Zuwachs an Agitationsstoff, den die Kommunisten erlangen.“

Der W ist es also vollkommen gleichgültig, daß die alten und invaliden Arbeiter weiterhin dem entsetzlichen Hungern marck der bisher der SPD folgenden Arbeiter und sie sucht diesen Abmarsch durch eine wüste Lügenrede gegen die KPD auszuhalten. Es ist zweifellos bequemer, Lügen gegen die KPD in die Zeitung zu legen, als im Kampf gegen das Trustkapital für die Arbeitslosen und Arbeitsinvaliden Hilfe zu erlangen. Eine andere „linke“ SPD-Zeitung, das Sächsische Volksblatt Zwickau, will den Arbeitern auch jetzt noch vorlügen, daß

die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Forderungen der Arbeitsinvaliden eintreten könnte. Das Blatt schreibt am 28. Februar:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kann zu dieser Einschränkung der Reichsregierung nicht still sein, sie muß die Regierung zu einer neuen Stellungnahme zwingen, und wenn dabei der notwendige Ausbau der Invalidenversicherung nicht herauskommt, muß die sozialdemokratische Fraktion versuchen, diesen Ausbau gegen den Willen der Regierung durchzusetzen. Möglich ist das, denn mit Ausnahme der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und vor allem der Deutschen Volkspartei und der Demokraten sind alle anderen Parteien (also die Mehrheit des Reichstages) für den Ausbau zu gewinnen.“

Gewiß ist richtig, daß eine Mehrheit für die sozialdemokratischen Anträge vorhanden ist. Aber eben deswegen haben ja die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dafür gestimmt, daß ihre eigenen Anträge nicht mehr weiterberaten werden. Solche Leute, die dann noch sagen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Arbeiterforderungen eintreten werde, sind bewußte politische Feindlärer.

Bei der Stellungnahme zu den sozialen Anträgen haben sich die „linken“ SPD-Führer mit aller Deutlichkeit als heuchlerische Arbeiterfeinde gezeigt. Sie machen alle Verbrechen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der reformistischen Gewerkschaftsbureauftrahie mit.

Die linken SPD-Führer stimmten im Reichstag für das Ausnahmegesetz gegen die „Sachsonarbeitslosen“, sie stimmten gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung der Bezugszeit für Krisenfürsorge, als sich nämlich eine Mehrheit dafür gefunden hätte; sie machen auch jetzt das Verbrechen an den alten und invaliden Arbeitern mit.

Dieselben „linken“ SPD-Führer werden dagegen für einen Wehretat von 750 Millionen Mark stimmen.

Diejenigen Arbeiter, die bisher noch den „linken“ SPD-Führern Vertrauen schenken, müssen nun endlich mit diesen besonders raffinierten Arbeiterverrättern brechen, damit die rote Einheitsfront gegen das Trustkapital unwirksam wird. Es werden kann, und gilt es, am 12. Mai der Liste 5 (Kommunistische Partei) die Stimme zu geben.

# Schafft Wahlpulver für Liste 5

## Zweiter Roter Sammelsonntag am 21. April 1929

Mobilisiert zur Wahlarbeit alle Mitglieder der Partei und Sympathisierende!

# Die Gemeinnützige Heimstättengesellschaft Sachsen vor den Dresdner Stadtverordneten

Von Alfred Werner, Stadtverordneter

Durch Vorstoß der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Dresden wurde vor der gesamten Öffentlichkeit die Tatsache beleuchtet, wie eine Organisation von Unternehmern, die sich das Prädikat „gemeinnützig“ zugelegt hat, unter Ausnutzung von Zuschüssen aus der Mietanstalt Neubaubewohnungen erstellen kann, die einestheils den berechtigten Anforderungen unserer Zeit absolut nicht entsprechen und bei denen andererseits jedes Mitbestimmungsrecht der Mieter inoffiziell und planmäßig ausgeschaltet werden konnte.

Am September 1928 stellte die kommunistische Fraktion Anträge im Stadtverordnetenkollegium, die kurz zusammengefaßt, folgendes veranlassen:

1. Endgültige Festlegung der Mieten für die im Jahre 1925 bis 1926 erstellten Wohnungen,
  2. Begünstigung der betreffenden Wohnungen durch eine Kommission,
  3. Kontrolle seitens des Wohnungsamtes über die Beziehungen der gem. Heimstättengesellschaft zu ihren Mietern.
- Bei Begründung dieser Anträge konnte reichhaltiges Material über die mangelhafte Bauweise

in dem betreffenden Bauabschnitt erbracht werden. Zugleich wurde auch nachgewiesen, daß diese Gesellschaft wohl von den Mietern allerhand Pflichten verlangte, in der Gewährung von Rechten an die Mieter aber äußerst sparsam vorgegangen war und ihre eigenen Pflichten absolut vernachlässigte.

Durch verschiedene Umstände verzögerte sich die endgültige Festlegung über diese Anträge mehrere Wochen, so daß erst im Januar 1929 das Stadtverordnetenkollegium endgültig darüber entscheiden konnte.

Das Material, das von uns seinerzeit vorgebracht wurde, wendete seine Behauptung in einem Gutachten der vom Kollegium gebildeten Kommission die zusammengefaßt aus den Vertretern aller Fraktionen, eine eingehende Schlichtung in dem Bauabschnitt 4 der Siedlung Seidnitz vorgenommen hatte.

## Das Gutachten

Das einstimmig angenommene wurde, stellte u. a. folgende Tatsachen fest:

Als hauptsächlichste Mängel zeigten sich in allen besichtigten Wohnungen mit einer Ausnahme Fußbodenmängel, die besonders hart an den Türrahmen in Erscheinung traten. Die Ursache in diesen Mängeln ist höchstwahrscheinlich ein Konstruktionsfehler. Die Wände sind dünn, die hölzernen Türrahmen sind mit dem Mauerwerk nicht ausreichend verbunden. Durch das Bewegen der Türen löst sich mit der Zeit das Holz vom Mauerwerk ab, wodurch auch die Verklebung des Fußes hervorgerufen wird.

In einigen Wohnungen zeigte auch der Dedenputz starke Risse. Das ist wohl hauptsächlich auf mangelhafte Arbeitsausführung zurückzuführen. Die Risse in den Deden nach den Grundmauern oder Mittelmauern zu sind wohl auf Senkung einzelner Gebäudeteile zurückzuführen. Wenigstens beachtlich ist auch, daß in einigen Wohnungen der mangelhafte Putz an der gleichen Stelle schon früher ausgebessert wurde, sich aber jetzt wiederholte. Es muß das als ein Beweis dafür gelten, daß Konstruktionsfehler vorliegen. (Dann folgen Einzelheiten über Mängel in verschiedenen Wohnungen.)

Zum Schluß heißt es dann weiter:

„Alles in allem ist festzustellen, daß die Wohnungen nicht als gut bezeichnet werden können, und daß neben in letzter Formweise recht erhebliche Bauausführung und Konstruktionsfehler in Betracht kommen. Es kann den Mietern, die pro Quadratfläche 10 RM Miete bezahlen müssen, nicht verwehrt werden, wenn sie auf baldige gründliche Abänderung der oben bezeichneten Mängel drängen.“

Die Miete erscheint reichlich hoch, besonders wenn berücksichtigt wird, daß eine Wohnung aus der Mietanstalt 10 219 und 2000 RM Sparzulagen erhalten, also insgesamt 12 219 RM Darlehen gewährt wurden.“

Zur weiteren Erläuterung der Verhältnisse sei hier eingepreist: Obwohl in dem Mietvertrag vorgelesen ist, daß die festgesetzte Miete nur eine vorläufige ist und diese endgültig nach Abschluß der Bauabrechnung im Einvernehmen mit dem Wohnungsamt der Stadt Dresden festgesetzt werden muß, ist für diesen Bauabschnitt bis heute, also

## nach drei Jahren, die Miete noch nicht geregelt

Die Bewohner von diesen 32 Wohnungen zahlen also dauernd eine Miete, die auf Grund aller Angaben bestimmt mindestens 30 Mark im Jahre zu hoch ist. Alle Beschwerden des Mieterausschusses an das Wohnungsamt und die Heimstättengesellschaft konnten bisher eine endgültige Regelung der Mieten nicht erreichen. Auch Vertretungen zum auch das Wohnungsamt über eine Prüfung der Bauabrechnung nicht hinaus, und lediglich durch den Druck der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wurden einige Mieter, und zwar merkwürdigerweise nur diejenigen der Mieterausschussmitglieder, um 18 resp. 13 Mark heruntergesetzt, praktisch ist aber auch diese Regelung noch nicht in Erscheinung getreten, da sich die Heimstättengesellschaft weigert, diese Herabsetzung anzuerkennen.

Das gesamte Beweismaterial, das von der kommunistischen Fraktion und durch das Gutachten der Kommission erbracht worden war, war so durchschlagend, daß das nachfolgende, im Prüfungsausschuß festgelegte Gutachten des Berichterstatters vom Kollegium einstimmig angenommen wurde. Die wichtigsten Punkte des Gutachtens waren:

Abstellung der Mängel durch die Heimstättengesellschaft, und endgültige Festlegung der Mieten durch das Wohnungsamt unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der Wohnungen.

In diesem Sinne wurde am 7. Februar 1929 einstimmig der Beschluß gefaßt. Wer aber nun glaubt, daß der Rat jetzt, nachdem in aller Öffentlichkeit zu diesem Skandal Stellung genommen wurde sich bemüht hätte die Angelegenheit zu beschleunigen, der irrt gewaltig. Reichlich 2 Monate nach diesem Beschluß hört man noch immer nichts davon, ob der Rat überhaupt gewillt ist, denselben durchzuführen.

Unterdessen ist die sogen. Gemeinnützige Heimstättengesellschaft Sachsen nicht untätig gewesen.

Sie hatte schon am 13. Dezember 1928 ein Schreiben an den Rat gerichtet, in dem sie in ganz hanebüchener Weise die Tatsachen auf den Kopf stellte. Im Wesentlichen, zu dem von uns vorgebrachten, absolut inhaltlichen und von der Kommission bestätigten Material stellte sie in ihrem 6½ Schreibmaschinen-seiten umfassenden Schreiben folgende Behauptungen auf:

1. Wesentliche Beschwerden sind seitens der Mieter nicht bei uns vorgekommen (?!).
2. Das Einvernehmen zwischen uns und den Mietern war immer ein gutes (!).
3. Das gleiche Verhalten der Mieter können wir uns nur aus einer „billig verhaltenen, irigen, das Wesen des Verkehrs zwischen Vermieter und Mieter vollkommen vertennenden Einstellung erklären (seine Formulierung!), wenn anders man nicht die untreuliche Handlungsweise der Mieter mit der Notwendigkeit unserer Zeit oder dem anderen Resultat entschuldigen soll“ (!!!). (Unter Einwirkung scheint den Herren vom Seidnitzer Platz auch etwas auf die Nerven gefallen zu sein.)
4. Mit einem beispiellos verlogenen Jählingentum ist durch Herausrechnen, daß eigentlich nur in 3 - drei - Wohnungen Mängel bestehen.
5. Schuld daran sind eigentlich die Mieter, die die Wohnungen „unpfläglich“ behandelt haben.
6. Die geforderten Mieten sind auch im Verhältnis zu dem Gebotenen nicht zu hoch.

Auf den letzten Satz scheint Herr Stadter besonders stolz zu sein. Er hat allerdings auch die Heiterkeit fast des gesamten Kollegiums gefunden.

Am 6. Februar 1929 wurde dann auf dem Seidnitzer Platz das Rundschreiben S 47 (1) hergestellt, das

## die Müllabfuhr

behandelte. Anscheinend war Herr Stadter aber getarbt „im Zuge“, und so arbeitete er in die Behauptungen über den Müll gleich einige „freundliche“ Ratsschlüsse, besser gesagt: Drohungen, für die „auffälligen“ Mieter mit ein. Einige Auszüge aus diesem Dokument eines „gemeinnützigen“ Direktors wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Herr Stadter schreibt u. a.:

„Während wir mit der glücklicherweise weit überwiegenden Zahl der Mieter in bestem Einvernehmen leben und sich etwaige Anlässe in aller Ruhe auf dem oben geschilderten Wege der Mitteilung und Abhilfe erledigen, machen wir jetzt die merkwürdige Erfahrung, daß einzelne Mieter ohne jeden Versuch einer Verständigung kurzerhand Värm schlagen und diesen Värm möglichst auch in die Öffentlichkeit tragen. Wenn dieses Verhalten sich auch selbst richtet, so kann es auf der anderen Seite für uns gegebenenfalls doch eine schwere Schädigung unseres Ansehens als Siedlungsunternehmen bedeuten. Wir möchten aus einigen Anzeigen sogar beinahe schließen, daß einzelne Mieter diese Absicht haben. Kann man die Art, wie der einzelne Mieter einmal utrage getretene Mängel hinlänglich, entscheidenderweise auf die allgemeine Notwendigkeit zurückführen, so entfällt für uns dort die Grenze, wo der betroffene Mieter das einzelne Vorkommen in Gemeinschaft mit anderen Mietern künstlich aufbaut und gar in die Öffentlichkeit bringt.“

Zus verschiedenen Anmerkungen, die uns mitgeteilt worden sind, müssen wir sogar schließen, daß eine bestimmte Müll nicht vorliegt, eben sich nur bietenden Anlaß zu dem, was wir Värm zu schlagen und um uns zu distanzieren. Daß wir diesem Tun nicht zusehen können, brauchen wir wohl nicht besonders zu erklären.“

In unserm eigenen Interesse und auch im Interesse unserer gutgehenden Mieter werden wir aber künstlich in solchen Fällen keine Mülligkeit mehr walten lassen und uns nachdrücklich gegen alles vernehmen, was darauf abzielt, Ordnung und Ruhe in unserer Siedlung zu stören und uns zu schädigen. Wenn ein Mieter glaubt, Anlaß zu einer Beschwerde zu haben, so stehen wir ihm jederzeit zur Verfügung. Gegen die Art und Form aber, die von einigen Mietern jetzt für richtig gehalten wird, vermahnen wir uns mit aller Entschiedenheit, und wir bitten die, die es angeht, dringend, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben.“

## Die Dresdner Erwerbslosen demonstrieren am 1. Mai mit der KPD

Am 11. April 1929 fand für die Stempelstellen der Neustadt eine öffentliche Erwerbslosensammlung statt, in der Genosse Martin Schneider über die Stellung der Erwerbslosen zur Krisenfraktion und den 1. Mai sprach. Seine Ausführungen, die den sozialdemokratischen Schacher und den Betrug an den Erwerbslosen in der Frage des Krisenfraktionsgesetzes treffend zeigten, wurden mit lebhaftem Beifall von den zahlreich erschienenen Erwerbslosen aufgenommen. Eine lebhafte Diskussion setzte nach der Beendigung seines Referates, in dem er zum Schluß die Erwerbslosen aufrief, am Kampftag der Kommunistischen Partei teilzunehmen, ein. Die Besammlung nahm schließlich eine Entscheidung an, die so lautet:

Die am 11. 4. 1929 tagende Stempelstellenversammlung legt Protest ein gegen den Abbau der Krisenfraktion, und fordert weiterhin Auszahlung derselben. Sie richtet die Forderung an die Arbeiter in den Betrieben, gemeinsam mit den Erwerbslosen am 1. Mai unter revolutionären Losungen zu demonstrieren. Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals und ihrer Rechtsregierung. Kampf für den Achtstundentag. Kampf für die Diktatur des Proletariats. Schutz der Sowjetunion. Kampf der Erwerbslosen für den Sieg der Räte 5. am 12. Mai!

## Das Doppelf Gesicht der SPD

Die Vorgänge vom 8. Februar im Reichstage, wo die SPD ihre Arbeitslosenentwürfe in dem Augenblick zurückzog, als sich eine Mehrheit für diese fand, und dann in namentlicher Abstimmung gegen ihre eigenen Entwürfe stimmte, sind bekannt.

## Tollkühne Flucht eines Gefangenen

Der in der Gefangenanstalt Dresden I in Haft befindliche Kurt Richard Reiter wurde am Donnerstag durch einen Gefangenenaussicher nach seiner in der Stadt auf der Gärtnergasse gelegenen Wohnung geführt, weil er sich dort angeblich einige Unterlagen für verzierte Sachen usw. beschaffen wollte. Die betreffende Wohnung liegt im dritten Stockwerk. Während der Gefangenenaussicher in der Stube blieb, suchte Reiter in einem Nebenzimmer anscheinend nach den Papieren. Zu Wirklichkeit hatte er sich eine Wolldecke verschafft und ließ sich damit in den Hof hinab. Die Decke sah aber plötzlich und der tollkühne Flüchtling kurz unter lautem Gepolter auf einen dort befindlichen Rasenstängel. Offenbar kam Reiter mit blohem Schrecken davon, denn er vermochte eilends den Hofraum zu verlassen. Alle Nachforschungen waren bisher ohne Erfolg.

## Selbstmord wegen Unterschlagungen

Der Dresdner Juwelier Hans Gustav Schmidt hat sich am Freitagnachmittag in einem Restaurant in Tolkewitz bei einer Tasse Kaffee mit Zuckersaft vergiftet. Schmidt hatte von seinen Lieferfirmen für sein 26 Jahre bestehendes Geschäft Gold-, Silber- und Schmuckwaren auf Kommission bezogen und nach und nach diese Waren im Werte von über 100 000 Mark verpilbert. Außerdem liegen Wechselverbindlichkeiten von über 70 000 Mark vor. Geschädigte sind etwa 50 Firmen, die Strafanzeige erstattet und eine Gläubigerversammlung einberufen hatten.

## Ein schweres Autounglück

Am Sonnabendmorgen gegen 4 Uhr ereignete sich auf der Großenhainer Straße ein Autounglück, wobei mehrere Menschenleben in Gefahr schwebten. Ein Lieferkraftwagen kam in rasender Fahrt die Großenhainer Straße landwärts gefahren. Auf dem Führersitz saßen außer dem Führer noch 4 Personen. In der Einmündung der Friedrich-Strasse fuhr der Wagen in voller Fahrt gegen einen Montagewagen der Stadt. Straßen-

Dieses Schreiben löst an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir haben allerdings nicht dieselbe „hoffnung“ wie die Zeitung der „Gemeinnützigen“, nämlich, daß sich die Mieter von den Drohungen des Herrn Stadter lehrend lassen.

Im übrigen ist diese Sache schon längst über den Rahmen einer internen Angelegenheit dieser Gesellschaft und der von ihr so „fürsorglich“ betreuten Mieter hinausgewachsen.

Das „Aufschieben-Spielen“ befragt der Herr Stadter schon selbst in genäherndem Maße. Wir empfehlen ihm vorläufig nur vor dem Diktat des nächsten Rundschreibens erst die Bedingungen für die Gewährung von Baudarlehen aus der Mietanstalt eingehend zu studieren. Vielleicht findet er doch dort einige Festimmungen, die ihn nachdenklich stimmen könnten. Wir werden unterdessen alles daran setzen, daß die Mietanstalt für private Unternehmerorganisationen eingedammt wird, und zur Erreichung dieses Zweckes werden wir, mit oder ohne Genehmigung des Herrn Stadter, soviel „Lärm“ in der Öffentlichkeit schlagen, als uns notwendig erscheint, um den Hausbesitzerallüren einiger Herren einen Riegel vorzuschieben.

Zum Schluß noch eine beabsichtigte Anfrage an die Zeitung des Allgemeinen Mietbewohnervereins Dresden:

Was sagt nun eigentlich Herr Rechtsanwalt Groß, der juristische Berater im Mietbewohnerverein, als Vorsitzender des Ausschusses in der Gemeinnützigen Heimstättengesellschaft Sachsen, zu diesem mieterfeindlichen Treiben?

Es ist nicht etwas merkwürdig, daß die Dresdner Mieter Zeitung, die sonst immer zu den Wohnungsfragen, die bei den Stadtverordneten behandelt werden, Stellung nimmt, von dieser Angelegenheit bisher kein Wort gebracht hat?

Für alle Mieterschicksal Mitglieder des Mietbewohnervereins erwünscht hier die Aufgabe, auf eine Antwort auf diese berechtigende Frage zu drängen. Wir behalten uns vor, bei weiterem Stillschweigen diese Frage später erneut und vielleicht noch etwas dringlicher zu stellen.

Das Stadtverordnetenkollegium aber wird sich am kommenden Donnerstag mit folgendem Antrag der kommunistischen Fraktion zu befassen haben:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen:

1. Den am 7. Februar 1929 gefaßten Beschluß der Stadtverordneten zur Angelegenheit der Gemeinnützigen Heimstättengesellschaft Sachsen baldmöglichst durchzuführen
2. Einstweilen einen vorläufigen Bericht über den Stand dieser Angelegenheit und die vom Rat bisher getroffenen Maßnahmen herüberzugeben.

Dieselbe Rolle wie im Reichstage spielt die SPD im Bundtage wie in den Gemeinden. Die kommunistischen Anträge werden von diesen politischen Putschspielern als Agitationsanträge bezeichnet und mit den Stimmen dieser Verräter abgelehnt.

Des öfteren ist im Dresdner Stadtparlament festgestellt worden, daß die SPD kommunistische Anträge ablehnte oder in den Ausschüssen verhaselte und dann dieselben Anträge in abgewandelter Fassung als Anträge der SPD einbrachte. Ein Vorgang aus letzter Zeit ist erwähnenswert, weil er die ganze politische Verlogenheit dieser Leute zeigt.

In Erwerbslosensammlungen wurden Anträge einstimmig angenommen, welche unter anderem forderten, daß die Behebung der Erwerbslosensammlungen auch auf die Arbeitslosen ausgedehnt wird. Diese Forderung wurde von der KPD-Fraktion als Antrag eingebracht. Die SPD und die bürgerlichen Parteien lehnten diesen Antrag im Verwaltungsausschuß der Straßenbahn ab. In der öffentlichen Sitzung am 7. März beantragte die KPD, diesen Antrag erneut zu behandeln. Auch hier war die SPD dagegen.

Am 8. April, also 4 Wochen später, wurde derselbe Antrag von der SPD eingebracht. Die SPD will mit diesem Antrag die Erwerbslosen lockern. Eine Partei, die herabgesetzte Betragsminderer ausführt, ist politisch konstant. Aufgabe der Arbeiter in Betrieben und auf Stempelstellen ist es, nach dem Erkennen dieser verlogenen SPD-Politik der SPD am 12. März zu zeigen, daß sie das Vertrauen der Arbeiter nicht hat. Am 12. März wählen die Opfer sozialdemokratischer Schachers die Liste der Kommunistischen Partei, die Liste 5. Das wird die beste Antwort auf die sozialdemokratischen Agitationsanträge sein!

bahn, prallte ab und streifte ein in der Nähe aufgestelltes Zell, in dem Schweischarbeiten an den Schienen ausgeführt wurden. Ein am Zell hantierender Arbeiter wurde leicht verletzt. Durch die Wucht des Anpralls wurde der Bordperron des Montagewagens abgerissen. Der Lieferwagen mußte von der Feuerwehr abgeschleppt werden. Der 29 Jahre alte Kraftwagenführer und die übrigen auf dem Führersitz mitfahrenden Personen sollen nach den Feststellungen der Kriminalpolizei angetrunken gewesen sein. Die Insassen des Lieferwagens kamen mit dem Schrecken davon.

Der Sonderzug des Touristenvereins Die Naturfreunde wird am Sonntag dem 5. Mai bestimmt abgefahren. Die Abfahrt erfolgt 3.30 Uhr ab Dresden-Hauptbahnhof, 3.46 ab Heidenau und 3.57 Uhr ab Birna. Die Ankunft am gleichen Tage erfolgt in Birna 21.40 Uhr, Heidenau 22.01 Uhr, Dresden 22.30 Uhr. Die Maienfahrt der Naturfreunde gilt dem nordböhmisches Bergland rings um den Ries, dem Schweizer Gebirge mit seinen Sandsteinformationen und baltischen Bergen, sowie der Felsenburg, Ruine, Burgstein. Inzwischen dem Sonnenberg-Rücken und dem Blotendorfer Kamm werden wir die Glasmacherdörfer in Schoiba, Ulrichthal und Stein-Schnau besuchen. Die Touren werden im Böhmer-Parke, Habba und Röhndorf abgeben. Anmeldungen nur bis zum 21. April bei unseren Ortsgruppen. Geschäftsstelle der Naturfreunde Riesenbergstraße 4, Mittwochs von 18 bis 19 Uhr. Freitags Volksbuchhandlung, Untere Dresden-Strasse, Proberg-Wilred Schneider, Reßgasse 4, 1. Stock, Rabenau Oskar Gehmlich, Mittelgasse 1, 11

## Film der Woche

U.S.-Kunstspiele. „Kältes Blut“. Karl Man aus Rabenau konnte keine Freude haben an diesem Wild-West-Märchen. „Der fallende Teufel“, die „Höllische Mutter“.

Theater am Reichsplatz zeigt: „Was weißt du von der Liebe?“ Sm. no ja! Wie ich hineingeh, nicht nie, als ich herauskam — noch weniger. Ich fragte mich nur: Was das profitorische Publikum des TB aus solchem Kisch nicht etwa Konsequenzen ziehen?



# Humane Arbeitsvermittlung!

**Baugen.** Mit welchen Methoden Proletarier für die Ausbeutung durch die Kapitalisten geformt werden sollen, das zeigen einige Vorfälle beim hiesigen Arbeitsamt am vergangenen Montag. Es handelt sich um die Vermittlung von „tüchtigen, gelunden“ Arbeitern in die landwirtschaftlichen Betriebe Weinbau und in die Spargelplantagen von Meissen. Scheinbar besitzt nur Baugen die befähigten Kräfte für diese Einrichtungen. Oder hat das Dresdner Proletariat schon die Antwort gegeben? Man greift eben in die arbeitlosen Massen der Provinzstädte, und sucht sich die Indifferenteiten unter den Hausangestellten und Fabrikarbeiterinnen aus. Durch Drohungen lüht man sie einzuweichen:

„Sie müssen, bei Ablehnung gehen Sie der Unterstützung verlustig!“

Wenn den „Vermittlern“ mit Recht erklärt wird, daß sich die Arbeiterinnen nicht für einen Stundenlohn von 40 Pf. verschicken lassen und daß diese Arbeit eine körperliche Eignung voraussetzt, so läßt man sie im Feldweidchen an:

„Weisen Sie mir noch, daß Sie morgen eine andere Arbeit haben, sonst muß ich Ihre Karte wegnehmen!“

Und manche Ziempeltarie bleibt beim Arbeitsamt. Eine Arbeiterin, Mutter eines unehelichen Kindes, deren Mutter selbst seit Wochen krank darniederliegt und deren Bruder erwerbslos ist, gibt unter Weinen und Schluchzen zu verstehen, daß sie die Arbeit nicht annehmen kann, da sonst ihr Kind unversorgt sein würde. Das Jugendamt ist nicht in der Lage, vom Kindesvater die regelmäßigen Unterhaltsbeiträge einzutreiben und das Fürsorgeamt hat durch die Schwester Sch. erklären lassen, es liege keine Bedürftigkeit vor. Nachdem aber das Vorzeugsamt nicht „tätig“ genug ist und die Berater in ihren Drohungen nicht nachlassen, rufte sie in ihrer höchsten Erregung aus:

„Dann werde ich eben mein Kind und mich umbringen!“

Somit werden die Opfer kapitalistischer Rationalisierung getrieben. Hinterher wäscht sich jeder seine Hände in Unschuld. Ursache unbekannt. Das sind die Auswirkungen sozialdemokratischer Koalitionspolitik, die Folgen des schändlichen Erwerbslosenberühmungsplanes.

Die Arbeiterin S., die vor einigen Monaten im Unterleib

operiert worden war und deren Hände heute noch nicht geheilt sind, legt von einem Spezialarzt ein Zeugnis vor, daß sie bis zu 2 Jahren, zur Vermeidung etwaiger Komplikationen, jede Arbeit, die eine schwere körperliche Anstrengung verursacht, nicht ausüben darf. Diese Bescheinigung genügt nicht! Die Arbeiterin muß sich einer Untersuchung durch die Stadärztin unterziehen. Diese begibt sich ins zweite Obergesch. Nachdem die Stadärztin die Arbeiterin gar nicht untersucht, nicht einmal angesehen, nur dies und jenes gefragt und das Zeugnis gelesen hat, entscheidet diese:

„Sie sind nicht arbeitsfähig!“

Die Arbeiterin B. begibt sich nun wieder nach den unteren Abteilungen, um sich ein Formular zu holen, damit es die Arztin auch schriftlich bescheinigen kann. Aber — mit des Geschides Mächten hat die Arbeiterin nicht gerechnet. Jetzt auf einmal erklärt die Arztin blos:

„Sie sind arbeitsfähig!“

Was hat in der Zwischenzeit stattgefunden? Wer hat der Arztin diese Ansicht diktiert? Das wird noch die weitere Untersuchung des Falles ergeben! Auf Vorhaltungen der Arbeiterin, die immer wieder hinweist, daß sie diese Arbeit nicht ausführen kann, läßt sich die Arztin zu einem nichtsjählenden Nachhaken unter der Bescheinigung herab: „Wenn keine Verschlechterung des bisherigen Zustandes eintritt!“

Mit diesem Zynismus werden die Proletarier behandelt. Soll denn der bisherige schmerzliche Zustand der Arbeiterin bei einer schweren körperlichen Fron besser werden? — Nein! Grausamer und brutaler können die Verhältnisse nicht mehr behandelt werden. Das Arbeitsamt und seine Kassen haben aber wieder einmal bewiesen, daß sie willfährige Werkzeuge des Kapitals sind, durch egoistische Interessen die Belange der Ausbeuteten mit Füßen treten. Und diese Zustände, die schmachvollen Maßnahmen, stehen unter dem Protektorat des 2. Arbeitsamtsvorsitzenden, des Sozialdemokraten Müller.

Verstärkte Kämpfe! Reicht auch ein in die gemeinsame Kampffront aller Unterdrückten! Kämpft gemeinsam den Kampf der kommunistischen Partei für die Beseitigung des kapitalistischen Systems und seines Trabanten, den Reformismus! Geht euren Widerstandern am 12. Mai die richtige Antwort: wählt Liste 5! Arbeiterkorrespondenz 560.

## Wer bezieht die Dreifachlinie?

**Meissen.** Mit welchen „Kräften“ die Rechten versuchen die „Einheit der Partei“ herbeizuführen, verdient einmal aufgezählt zu werden. In Nummer 11 der Arbeiterpolitik vom 30. März finden wir unter den Überschriften „Die W. D. Maschinen auf der Dreifachlinie“ und „Schergen in der Meißner Vorzeugslinie“ zwei wunderbare Belegstücke des wegen Unterschlagung aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Kurt Park. Wir beglückwünschen die Arbeiterpolitik für solchen Mitarbeitern, denn damit wird vielen irreführten, ehrlichen Genossen einmal klar werden, daß es höchste Zeit ist, sich abzuwenden von einer Gruppe Vandalen, die derartige Subjekte zu ihren Mitarbeitern machen. Park versucht unter den gemeinsten Anwürfen gegen die W. D. und die Arbeiterstimme sich von dem Matel der Unterschlagung reinzuwaschen. Er fällt da etwas von einem „Mittelstreifen“ der ihm angeblich bei einer Interzonenaufnahme „den Strich gedreht“ haben soll. Die Leser aber sollen selbst urteilen. Der fragliche Interzonen ist ein seit längerer Zeit arbeitslos Schumacher, der sich jetzt unter den kümmerlichen Verhältnissen selbstständig zu machen versucht. Vor längerer Zeit gab man dieser Mann an den damaligen Gen. Park drei Interzonen für die Arbeiterstimme auf, unter Beisein eines anderen Genossen. Park erhielt sofort die Summe für die Interzonen ausgezahlt. Obwohl er nun dem mitanwesenden Genossen versprach, das Geld und die Interzonen sofort an die Redaktion abzugeben, er auch von der schlechten wirtschaftlichen Lage des Interzonen informiert war, verwandte er aber dessen lauer verdiente Großen für seine eigenen Zwecke. Es kommt hier dabei weniger auf die unterschlagene Summe selbst an, als auf die erbärmliche Handlungsweise: Einen um seine wirtschaftliche Existenz kämpfenden Familienvater um seine abgedarrten Pfennige zu betrügen. Und dieser Bürde wagt es noch, die Redaktion der Arbeiterstimme dafür verantwortlich zu machen, wo er vier Wochen nach der Interzonenaufnahme vor Genossen noch zugeben mußte, das Geld und Interzonen noch nicht abgeschickt zu haben. Wir wollen hier keine weiteren Befehlungen, die sich Park hat zum Schaden der Partei zuzuschreiben kommen lassen aufzudecken, sind aber jederzeit bereit, wenn nötig, dies nachzuholen.

Wie steht es nun mit der Oppositionsliste, die nach Parks Behauptung in der Staatlichen Polizeibehörde während der Betriebsratswahl aufgestellt worden sei? Es ist doch eine glatte Selbstverständlichkeit, daß von einer Aufstellung einer Oppositionsliste zur Betriebsratswahl in einem Betriebe nicht die Rede sein kann, wo hierzu noch nicht die elementarsten Voraussetzungen vorhanden sind. Das ist auch in diesem Falle nicht getan worden. Aber verleumdet muß eben werden. Wenn aber tatsächlich etwa 30 Mann in der Vorzeugslinie sich gegen den ehemaligen Betriebsrat wandten, so ist das nicht zurückzuführen auf die „ultralinke Scharpenpolitik“ eines Genossen, sondern auf die Initiative dieser Leute selbst, denen sich dann unter Genossen selbstverständlich angeschlossen. Aber die sogenannte „Oppositionsliste“ war jedoch nichts anderes als vorläufig ein schriftlich formulierter Antrag auf Einberufung einer freigewerkschaftlichen Belegtagungsversammlung, die man natürlich erst dann einberief, nachdem man sie in einer vorhergegangenen Vertrauensmännerversammlung nach reformistischen Muffen vorbereitet hatte.

Doch nun noch ein Wort zu dem politischen Niveau des Herrn Park. Was sein ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter gegenüber seinem kommunistischen Kollegen im Betrieb getan haben würde, nämlich ihn öffentlich in einer Zeitung zu denunzieren und damit dem Unternehmer eine billige Handhabe zu geben, diesen bei passender Gelegenheit zu entlassen, das tut der jetzt von außen um die „Einheit und Schlagkraft der Partei kämpfende“ ehemalige „Genosse“ Park. Das

kenntzeichnet ihn am besten. Jeder ehrlich denkende Arbeiter aber wendet sich ab von einer derartigen Kampfesführung. Er wählt deshalb am 12. Mai Liste 5, kommunistische Partei. Arbeiterkorrespondenz 549.

**Weistropf.** Ein menschenfreundlicher Hauswirt ist der Zimmermann Ernst Gröhe in Weistropf. Beschäftigt ist derselbe bei der Firma Labed, Schokoladenfabrik, in Dresden. Nachdem er jetzt, gemeinsam mit Frau, Tochter und Schwiegereltern, seinen eigenen Bruder in gemeinsamer Weise drangsaliert hat, daß derselbe nichts anderes übrig blieb, als mit Hilfe des Wohnungsamtes eine andere Wohnung zu bekommen, ist dem Hauswirt G. im vorigen Herbst die hiesige Bezirkskommission, eine vermittelnde Frau Kriegl, die das Unglück hatte, durch einen Brand ihre Wohnung zu verlieren, zugewiesen worden. Schon am Anfang weigerte sich dieser edle Menschenfreund, diese Frau Kriegl aufzunehmen, so daß dieselbe zwangsam mit Hilfe der Polizei einziehen mußte. Diesen Leuten geht es noch trauriger. Gleich von Anfang an ertheilten sie nicht den Schlüssel zum Waldhaus, und jetzt ist G. in seiner „Großmutter“ soweit gegangen, das Wasserhahn zu verstopfen. Außerdem hat er auch die Kalorien von den Heizkörpern abmontiert. Dies sind nur einige Beispiele, und es wäre angebracht, wenn die Handlungsweise dieses noblen Hauswirtes mehr an die Öffentlichkeit käme. Arbeiterkorrespondenz 548.

## Einweisungsdummel für den neuen Bürgermeister in Ebersbach

**Ebersbach.** Wie bekannt, wurde für Ebersbach ein neuer Bürgermeister gewählt. Die Wahl, bei dem das Bürgerturn geschlossen auftrat, mußte, nachdem sie bereits perfekt war, noch einmal wiederholt werden, weil der zuerst Gewählte in der Zwischenzeit verstorben war, für sich in keinem einzigen Ort günstige materielle Bedingungen herauszupressen. Auch ein sprechender Beweis dafür, daß die bürgerlich-sozialdemokratischen Herrschaften die Übernahme solcher Funktionen nur als Verleugung für die Zukunft ansehen. Die zweite Wahl brachte abermals einen bürgerlichen Bürgermeister. In der letzten Stadterordnungsversammlung handelte man als einziger Punkt dessen Gewählung auf der Tagesordnung. Die kommunistische Fraktion blieb dieser Sitzung demonstrativ fern. Sie hat keine Veranlassung, solchen Kummel mitzumachen. Die Einweisung erfolgte mit den üblichen Ehrfurchen. Nach Schluß der Tagesordnung gemüßigtes Beisammensitzen im Rathaus, bei dem selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion als Bestandteil des Bürgerturns nicht fehlen durfte. Herr Henschel (bürgerlich) hielt noch eine kurze Ansprache, welche in ein „Profi!“ auslief, dann hörte man bis draußen die Geister klirren. Ja, da jubelten sich unsere SPDler doch am wohlsten! Die Arbeiter aber lagen: Wenn die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen aus einer Schüssel trinken, da können sie für uns nichts übrig haben. Die Zeit ist wie im Fluge vergangen, die letzten kamen erst in den Morgenstunden nach Hause. Ja, das war wieder einmal eine lange Sitzung, es ging „heiß“ zu. Erwerbslose besaupten: „Da werden sie wohl die zwei Arbeiter, die beim Goswerk eingestellt werden, ausgedient haben. Wenn sie hoch Erwerbslose einstellen da kann man nichts sagen!“ Es wird auch wieder in der Stadt ein Zimmermann eingestellt, da hat sich auch schon wieder ein SPD-Stadterordnungsmitglied gemeldet, welcher kein Zimmermann ist und auch noch in Arbeit steht. Bei den SPDler ist es eben so: sie wollen unbedingt die Regierungsstellen besetzen. Die erwerbslosen Facharbeiter können

## Um den Kampfaufmarsch am 1. Mai

**Bischofswerda.** Das Arbeiterpartei hat beschlossen, an einer getrennten Parade des ADGB nicht teilzunehmen. Hierüber wettete die „Vöbauer Zeitung“, daß es an der Nachlässigkeit der Delegierten liege, indem die Sportplatzanlagen zu wenig besetzt werden und nur so die kommunistischen Anträge Annahme finden. Nun, wir können unseren verzögerten Freunden sagen, daß wir vor einem größeren Besuch der Sitzungen keine Furcht haben und daß wir unsere Anträge zur gegebenen Zeit einbringen werden. In dem Volkszeitungsartikel nennt man uns „Spalter an der Arbeit“. Wo die wirklichen Spalter liegen, beweist wohl die Tatsache, daß im vorigen Herbst auf Antrag des sozialdemokratischen Stadterordneten Tränker der Vertreter des ADGB aus dem Sportplatz entfernt wurde, und dies mit Hilfe des Vorstandes vom Landespartei. Damals waren wir wiederholt geladen worden, einen Delegierten in das Arbeiterpartei zu entsenden. Herr Tränker wußte scheinbar nicht, daß schon lange Zeit ein Vertreter des Reichsbanners ebenfalls delegiert war. Unter solchen Umständen waren es diese Demagogen, vom Spalten zu sprechen und davon zu reden, daß die ADGB das Sportplatz zu seinen politischen Zwecken mißbrauchen wolle. „Der Vöbauer lächelt“, betont unsere gute Tante. Jamohl, er wird lächeln, wenn die SPD von einer Niederlage zur anderen schreibt. Zur Begründung der Spaltung der Meißener durch die ADGB, führt der Berichterstatter der Vöbauer Volkszeitung an, unter Vertreten der Arbeiterpartei habe erklärt, daß Tränker und Schmachtel unseren Gen. Sch. aus den Ortsausgang geschmissen haben und andere Sachen mehr. In dieser Sache haben wir kürzlich berichtet und halten ausrecht, was wir geschrieben, da ja der Vorliegende Schmachtel im Ortsausgang zugegeben hat, ähnliche Worte gebraucht zu haben. Im Übrigen sind unsere Ausführungen ganz entkräftet widergegeben, und man kann nur tiefes Mitleid mit dem Gedächtnis des kleinen Berichterstatters haben. Die Würfel sind gefallen. Der ADGB benutzt alles, um glaubhaft zu machen, daß die Schuld einer getrennten Parade an den Kommunisten liege. Tatsache ist, daß ein früherer gefakter Beschluß, wonach abwechselnd Jahr um Jahr ein Vertreter der SPD und ein solcher der ADGB spricht, in der letzten Sitzung aufgehoben worden ist. Und dieser nur deshalb, weil die Landtagswahlen in kurzer Zeit folgen. Uns kann dieses Vorhaben nicht treffen. Wir begrüßen es, daß nunmehr eine Scheidung vollzogen ist. Gern lassen wir die Reformisten in ihrem wirkungslosen Hasenbrot, „Schwarzrotgold“ unter denen die Ausbeutung der Arbeiter noch raffiniert durchgeführt wird als je zuvor. Die Klassenbewußten Arbeiter werden unter der roten revolutionären Fahne den 1. Mai als Kampftag gegen kapitalistische Unterdrückung, gegen rechten und linken Reformismus und für den wirklichen Sozialismus im Zeichen der Diktatur des Proletariats aufmarschieren. Arbeiterkorrespondenz 562.

## Was geht beim städtischen Wirtschaftsamt vor?

**Jittau.** Wie uns mitgeteilt wird, soll beim städtischen Wirtschaftsamt wieder eine Unterschlagung vorgekommen sein. Es soll sich um 3000 bis 4000 RM zurückgehaltene Krankenkassenbeiträge handeln.

Wir fragen hiermit die Verwaltung, ob dies den Tatsachen entspricht und wie diese Unterschlagung zustande kommen konnte? Die Hauptschuld muß doch an dem Inspektor liegen; denn sonst könnten sich nicht so viel Gelder in der Kasse einer Hilfskraft ansammeln, noch dazu in einem Zeitraum von 1 bis 2 Jahren. Wo war die vorchriftsmäßige Kontrolle?

Noch ist über die Vorfälle auf dem städtischen Salzhof feig Gras gewachsen und schon hört die Bevölkerung wieder von neuen Unterschlagungen. Wenn dann Untersuchungsausschüsse von den Stadterordneten eingesetzt werden, so werden die kommunistischen Stadterordneten von vornherein davon ausgeschlossen, damit diese nicht etwa in die dunklen Angelegenheiten hineinschlüpfen können. Das Ergebnis einer auf diese Weise durchgeführten Untersuchung ist dann auch danach. Einstimmig wird von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialdemokraten erklärt: es war alles harmlos und die höheren Stellen sind unschuldig. Die Einwohnerschaft verlangt Aufklärung. Der Stadtrat hat das Wort. Arbeiterkorrespondenz 557.

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, Akku-Ladestation, Spezial-Reparaturen  
**Reinhold Püschel, Ebersditz, Straße Nr. 19**

**Schnitt- und Wollwaren**  
Spezialität Arbeiter-Garderobe  
**HEINRICH EBLEN**  
Meißen-Süd, Pinner-Str. Nr. 20

**Bettfedern-Reinigung mit elektr. Betrieb (hygienisch)**  
**Marie Steiner**  
Meißen, Pfaffenweg 2

**Bier- und Mineralwasserhandlung**  
**Hermann Eppendorfer**  
Klotzsche, Königsstraße 1, Tel. 227

**Molkerei Meißen**  
E. G. m. b. H.  
Sämtliche Molkereiprodukte in frischer und bester Qualität sowie Eiscreme  
Tip-Top im Karlon und Eskimo-Eis-Schollen  
Belieferung sämtlicher Konsumvereins-Verkaufsstellen

**Arbeiter, Angestellte und Beamte**  
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftsliste, des Allgem. freien Angestelltenbundes und des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

**VOLKSFÜRSORGE**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft  
Auskunft erlangen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Dresden-A., Maxstraße 13 oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 36/59

**Bei Einkäufen**  
sucht die Hausfrau in dem Inserenten der Arbeiterstimme  
**bevorzugt**  
die preiswerten Angebote in derselben und kauft grundsätzlich nur bei  
**den Inserenten**

## Weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung

Eine Denkschrift des Reichsarbeitsministers

Im Reichstag ging ein Bericht über die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein. Für diesen Bericht zeichnet verantwortlich der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wisell. Die gesamte Tendenz des Berichts läuft darauf hinaus, die Arbeitslosenversicherung noch weiter zu verschlechtern, die Arbeitslosen noch weiter zu ungunsten der Erwerbslosen zu verdrängen. In der Einleitung des Berichtes schreibt Wisell, daß in Zukunft das Prinzip der Sparlichkeit noch mehr Anwendung finden müsse. Wie er sich diese Sparlichkeit denkt, belegt folgender Satz:

„Was die Saisonarbeitslosigkeit angeht, so muß schon jetzt festgestellt werden, daß die Arbeitslosenversicherung das Risiko dieser Art von Arbeitslosigkeit auf die Dauer nicht wird tragen können, zum mindesten nicht im Rahmen des gegenwärtigen finanziellen Systems.“

Wisell kündigt also den vollkommenen Abbau der Unternehmungen für Saisonarbeiter an, nachdem den Unternehmern das Saisonarbeitergesetz vom 2. Dezember vergangenen Jahres noch nicht weit genug ging. Aber Wisell will bei der Einschränkung der Unternehmungen nicht nur bei den Saisonarbeitern Halt machen. Er plant die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung für alle Erwerbslosen. Wörtlich schreibt Wisell:

„daß die Arbeitslosenversicherung in ihrer gegenwärtigen Gestalt einen ersten Versuch darstellt, und daß das Gelingen in einer Reihe von Fragen sicherlich noch nicht das letzte Wort bedeutet.“

Aus der Denkschrift geht weiter hervor, daß das Ministerium bereits eifrig dabei ist, die Wege zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung zu finden, und daß bereits im Herbst dieses Jahres eine weitere reaktionäre Umgestaltung folgen wird. Die Tendenz des Wisellschen Berichts ist kurz gefaßt folgende: Einschränkung der Unternehmungen, dafür Subventionen an die Unternehmer.

Die Wisellsche Denkschrift zeigt recht deutlich, in welcher Linie sich die Politik der neugeborenen Großen Koalition bewegen wird.

## Betriebsversammlung der Firma G. Meurer AG, Kößchenbroda

In einer gutbesuchten Betriebsversammlung nahm die Belegschaft Stellung zum Lohnabkommen. Kollege Tändler von S. u. N. sprach über den Gang der Verhandlung mit den Inhabern. Er wurde des öfteren von den Kollegen unterbrochen. In echt demagogischer Weise empfahl er das Abkommen den Kollegen zur Annahme, da doch nicht mehr herauszuholen sei. In der Aussprache trat eine Reihe von Kollegen gegen den Schandpruch auf. Von allen wurde betont, daß es unmöglich sei, bis nächstes Jahr zu warten. Ein Kollege legte das Wesen des Schlichtungsausschusses und forderte entschiedenen Kampf gegen dieses. In einem eingereichten Antrag wurde gebittet, den Betriebsrat zu beauftragen, eine Belegschaftsversammlung zu organisieren, in der der Reichstagsabgeordnete Siegfried Hädel sprechen soll über das Schlichtungswesen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Da in dieser Versammlung drei Betriebsleiter des Betriebes anwesend waren, konnte sich ein Teil Kollegen, sich zum Wort zu melden. Kollegen von Meurer, das muß anders werden. Hädel zum Kampf, sagt den Reformisten, daß ihr nicht gewillt seid, euch verstoßen zu lassen. Wählt Kampfstellungen! Arbeiterkorrespondenz 574

Die rote Gewerkschaftsinternationale Nr. 3. (Verlag der roten Gewerkschafts-Internationale, Moskau. Zu beziehen durch: Führer-Verlag, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 131/132. Preis der Organisationsausgabe — die nur durch Arbeiterbuchhandlungen oder direkt vom Verlag zu beziehen ist — pro Heft 1 Mark.) — Aus dem Inhalt: A. Polawski: Die Kommunistische Internationale und der Kampf um die Massen. — B. Heller: Die Verschärfung des Klassenkampfes in Indien (Das Selbstbild des Kommunismus). — A. Marlow: Albert Thomas im Fernen Osten. — Fragen der Streikstrategie und -taktik: S. Veronesi: Für eine revolutionäre Taktik in den Streikbewegungen. — Die Lehren der Wirtschaftskämpfe in Deutschland. — Der Charakter der Wirtschaftskämpfe in der Lebensmittelindustrie und die Streiktaktik der roten Gewerkschaften. — Sozialwirtschaftlicher Teil: R. Kabinstein: Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die Methoden zur Organisation der Arbeitslosen. — S. Richards: Die Arbeitslosigkeit in England und der Marsch der Arbeitslosen. — R. Vater: Die Organisation der Arbeiter in der vertriebenen Automobilindustrie. — Kultur- und Bildungsfragen: D. Diamant: Kampf gegen die Kulturektion (Zur internationalen Jugendpropaganda). — Aus den internationalen Berufen und Industrie-Bereinigungen: S. Sokolnik: Zur bevorstehenden internationalen Konferenz der revolutionären Belegschaften. — Buchbesprechungen: R. Wolfenbüttel: E. Oronoff: „Die PWS in den Wirtschaftskämpfen und in der Gewerkschaftsbewegung.“ Warszawa 1929. 88 Seiten. (Polnisch). — Offizieller Teil: Tätigkeitsbericht des Vollzugsbureaus und Sekretariats der RGS vom 1. Februar bis 1. März 1929.

## Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Capitulum de Stellenverlag, Köln/Debat

Immer mehr Leute drängten herein. Als man schließlich die Tür sperzte, sammelten sich auf Treppe und Treppen diskutierende Gruppen an. Mühsam nur gelang es dem Kommunisten Kössfeld, sich durch die Menge bis oben durchzuarbeiten, da jeder was von ihm wissen wollte.

„Genossen, man betrügt uns,“ leuchte der kleine Mann. „In Berlin haben Kapp und Ehrhardt die Regierung gestürzt! Die Regierung ist geflüchtet und hat zum Generalkrieg ausgerufen. Der Riventuhl, dieser verdammte Halunke, weiß schon seit heute trüb amlich Bescheid, verheimlicht es aber und meigert sich auch den Streikaufruf drucken zu lassen. Und ihr sitzt hier so leuchtend beisammen und laßt euch das gefallen?“

In diesem Augenblick läutete abermals der Apparat.

„Hier Gewerkschaftssekretariat Swertrop!“ — „Aha, na endlich!“

„Alles hing gespannt an Reeses Nienenspiel. Sein Gesicht wurde noch um einen Schein blässer, während er die Stichworte wiederholte.“

„Marinebrigaden Löwenfeld und Ehrhardt — Regierungsgesandte ohne Widerstand besetzt — Reichswehr übergetreten — Sicherheitswehr teils für Kapp, teils neutral — Regierung zum Generalkrieg ausgerufen — Widerstand mit allen Mitteln organisieren!“

Bedächtig legte er den Hörer wieder auf. „Das Gespräch kam eben von Düsseldorf. Also es ist richtig, wir müssen den sofortigen Generalkrieg organisieren.“ Hillehühnd sah er sich im Kreise um.

„Am besten wird es sein, wir bilden hier gleich eine Art Aktionsausschuss oder so was ähnliches,“ leuchte er unsicher hinzu.

Kuders konnte sich einer bitteren Bemerkung nicht enthalten:

## Ortsauschuß Bauern des ADGB gegen revolutionäre Maifunfgebung

Die Maifeier wurde in den letzten Jahren vom Ortsauschuß mit den Parteien gemeinsam veranstaltet, und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte es verstanden, dem Demonstrationstag ein revolutionäres Gepräge zu geben. Die ADGB-Fraktion schlug dem Ortsauschuß in diesem Jahr nicht vor, gemeinsam unter unternehmenden Lösungen dieses Jahr am 1. Mai zu marschieren und somit dem Demonstrationstag und der ganzen Feier ein revolutionäres politisches Fundament zu geben. Die SPD-Rehrheit lehnte es ab und will nur einen friedlichen Spaziergang machen, wo der „linke“ Arm in den Köpfen der Arbeiter neue Illusionen erwecken wird. Die Bauern zum 1. Mai ergaben Differenzen zwischen dem ADGB und dem Sportkartell. Die Auslösung der Gewerkschaften ergab, daß die Heiser und Maschinen an der Spitze marschieren, der Zug endet im Bismardhain. Der Bauern Arbeiterchaft rufen wir zu: Entscheidet euch am 1. Mai, unter folgenden Lösungen zu demonstrieren: Gegen imperialistische Kriegsgewalt! — Gegen die Sowjetunion! — Gegen die Schlichtungsbürokratie Wisells! — Gegen die Unternehmenseinführung, für Männenstreiks zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen! — Gegen Koalitionspolitik! — Gegen Faschismus und Polizeiterror! — Für die Diktatur des Proletariats! Arbeiterkorrespondenz 572

## Bauern Metallarbeiter gegen das Lohnabkommen

In der am 11. April stattgefundenen, überfüllten Versammlung der in der Metallindustrie beschäftigten Bauern Arbeiter erklärte der DMB-Beschäftigte Herrmann Bericht über die Verhandlungen und stellt das Ergebnis als eine wesentliche Verbesserung für die Stundenlohnarbeiter hin. Ob

die Arbeiter etwas bekommen, konnte er nicht sagen. Sagen sie sich noch nicht der schlechteste Bezirk in den Lohnverhältnissen, und die große Tarifkommission habe sich in ihrer Mehrheit für Annahme entschieden. Die Bauern Metallarbeiter brachten in der Diskussion einmütig zum Ausdruck, daß dieses Schandergebnis abzulehnen sei, und verteilten das Verhalten in der Gewerkschaftsbürokratie. Einstimmig wurde beschlossen, in der Betriebsverwaltung durchzuführen. Die Metallarbeiter der Verwaltungsbürokratie Bauern werden sich bei der Entscheidung der Verwaltungsbürokratie für Kampf entgegenstellen. Arbeiterkorrespondenz 573

## Drohender Kampf in der Dresdner Brauindustrie?

Das Lohnabkommen in der Brauindustrie ist von Arbeitern ordnungsgemäß gefolgt worden. Bei den Verhandlungen über Abschluß eines neuen Lohnabkommens machten die Brauereien den Vorstoß, das bis jetzt bestehende Lohnabkommen auf zwei Jahre zu verlängern.

Die Lohnkommission der Brauereiarbeiter hat dieses Angebot mit Hochladen abgewiesen. Die Brauereien selbst haben sofort den Schlichtungsausschuß angerufen. Bei den am 12. April stattgefundenen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß konnte ein Schiedsspruch nicht gefällt werden. Die Unternehmer haben auch hier ihr Angebot, auf zwei Jahre das jetzige Lohnabkommen zu verlängern, aufrecht erhalten.

Das Angebot der Dresdner Brauereien steht innerhalb der Brauereien Deutschlands einzig da, und werden die Brauereiarbeiter von Dresden die richtige Antwort geben.

## Versammlung der Zimmerer

Am 5. April fand die Bezirksversammlung der Zimmerer vom 7. Bezirk Dresden-Cotta statt. Der aufmerksame Beobachter mußte schon anfangs feststellen, daß hier etwas Außergewöhnliches geschehen sollte. Mit größtem Ansehen verfolgte die Leitung schon einige Zeit die immer mehr anwachsende Opposition. Trotz den Abwürgungsversuchen der Böhme und Fuchs



konnte nicht verhindert werden, daß in der letzten Versammlung Anträge der Opposition angenommen wurden, die den Herrschaften nicht in den Kram paßten, so es war sogar das Angeheuerliche passiert, indem mit Mehrheit ein Antrag angenommen wurde, der die Beteiligung ihres besten Freundes, des Hamburger Polizeisenators Schönfelder, aus dem Zimmererverband verlangt. Und es hatte beinahe den Anschein, als wenn die „verfluchten“ Kommunisten den Bezirk erobern wollten. Das ließ die Leute um Böhme und Fuchs nicht ruhig schlafen. Dieses mußte unbedingt verhindert werden. Man hatte alle verfügbaren Kräfte herangezogen, so daß 48 Kollegen und 2 Vertreter des Vorstandes anwesend waren. Der Kamerad Böhme vom Vorstand hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Opposition endgültig zu erledigen. Er wurde dabei vom roten Pastor tatkräftig unterstützt. Als Zielsetzungen hatte man sich den Vorführer der Opposition, den Kameraden Delius, ausgesucht. Der Geschäftsbericht wurde gedruckt ausgehändigt. Kamerad Böhme empfahl den Kameraden, denselben zu Hause in aller Ruhe durchzulesen. Er fand es dann geradezu un-

geheuerlich, daß der Kamerad Delius es wagte, als einziger in der Jahreshilfe Dresden — wie er behauptete — an dem Jahresbericht Kritik zu üben. Bei der Wahl des Bezirksführers ließ sich der alte Vorstand Fuchs nicht mehr aufstellen, wahrscheinlich aus Angst vor einer Weile, denn die angelegenen Gründe spielten früher nie eine Rolle bei ihm. Man schlug einen anderen SPD-Kameraden vor, der dann mit 26 gegen 22 Stimmen für die Opposition gewählt wurde. Nach der Zusammenkunft der Mitglieder und dem Kraftaufwand der Reformisten kann es nur als ein Erfolg für die Opposition bezeichnet werden. Nach der Wahl brauchten die Leute um Böhme und Fuchs noch etwas Sensation, indem man noch einmal richtig über die Kommunisten herfiel. Sogar die Toten mußten noch mit darunter leiden, denn der rote Pastor führte aus: Von heute ab werde ich bei keinem Kommunisten mehr sprechen. Für den Angestellten Böhme galt es noch, die Ehre zu retten, die er durch einen Artikel in der „Arbeiterstimme“ verloren zu haben glaubte. Er ließ sich eine Resolution ausstellen, die dem Kameraden Delius ein Mißtrauen wegen dieses Artikels ausspricht. Die Resolution wurde mit Mehrheit angenommen. Der Kommunist war geschlagen, und die Ehre des Angestellten Böhme war wieder hergestellt. Nun können die Herrschaften wieder ruhig schlafen. Kameraden, das ist die Politik dieser Danten um Böhme, die uns immer weismachen wollen, sie seien besser als die Rechten. Gebt ihnen die richtige Antwort! Schließt euch der Opposition an! Die Parole muß sein: Alle Zimmerer wählen am 12. Mai die Liste 5 der Kommunistischen Partei. Arbeiterkorrespondenz 575

## Achtung, KPD-Fabrikarbeiter!

Mittwoch den 17. April 1930 Uhr findet im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße, eine wichtige Besprechung aller in Fabrikarbeiterverband organisierten Kommunisten statt. Jeder Genosse muß erscheinen.

Achtung, Metallarbeiter! Heute Montag den 15. April, 18 Uhr, findet im Parteibureau erweiterte Fraktionsführung statt. Tagesordnung: Lohnbewegung, Fraktionsangelegenheiten. Jede Metallbetriebszelle muß in dieser Sitzung vertreten sein.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik: Bruno Selbmann; für Gewerkschaftliches: Richard Spangler; für Lokales, Neuigkeiten und Sport: Wilhelm Kerner; für den Internatenteil: Arthur Burkart; sämtlich in Dresden. Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Druck: Verweg, Dresden.

„Sehr richtig, sehr richtig! Jetzt, wo eure oberhulauen Genossen den Karren in den Dreck gefahren haben, können wir Proleten ihn wieder herausziehen. Wo hat denn nun euer Kasse keine Brigaden, mit denen er uns voriges Jahr so schön entwaffnen konnte, he?“

Die meisten Anwesenden stimmten unter höhnischen Bemerkungen lebhaft zu. Die anderen schwiegen bekümmert, und nur Reese sammelte etwas von ungeeignetem Moment, jetzt nach dem Schuldigen zu fahnden. Jetzt müsse endlich der Bruderzwist aufhören und die gesamte Arbeiterchaft zusammenziehen.

„Vor Tisch hörte man es anders,“ rief Karplus. „Da hieß es nur immer: Der Feind steht links! Gegen uns habt ihr immer Kanonen gehabt. Uns habt ihr entwaffnet und die Konterrevolution großgepöppelt. Jetzt soll eure famole Regierung auch sehen, wie sie allein fertig wird, ich rühre keinen Finger!“

„Nicht doch, nicht doch,“ mahnte Kuders. „Hier geht es ja um mehr als um die Republik, Genossen. Hier geht es um uns selbst. Denn wenn diese Gesellschaft wieder obenau kommt, dann wird es uns so ergehen, wie den ungarischen Arbeitern. Wir müssen jetzt den Widerstand mit allen Mitteln organisieren und die Abrechnung auf später verlagern.“

„Das meine ich auch,“ sagte Reese, „und was die Abrechnung anbetrifft, Genossen — mit den Schuldigen in unseren Reihen —, das werden wir schon von uns aus delogern. Darauf könnt ihr euch jetzt und heilig verlassen. Jetzt müssen vor allem die Betriebe und der Verkehr stillgelegt werden.“

„Welche Betriebe fehlen denn noch?“ fragte Overjath. Es waren alle da bis auf die Zinkraffinerie.

„Dann schlage ich folgendes vor,“ sagte Reese. „Am zwölf Uhr eine Volksversammlung auf dem Hindenburgmarkt. Genosse Karplus geht sofort zur Zinkraffinerie und informiert die Kollegen, die vielleicht noch nicht ausgeschlafen haben. Die anderen Betriebe und Zechen informieren wir telefonisch: alles sofort ausfahren und stilllegen! Und dann geschlossen zur Versammlung marschieren. Wir aber konstituieren uns hier inzwischen als provisorische Streikleitung. Bis zwölf Uhr haben wir noch annähernd zweieinhalb Stunden Zeit.“

„Bei der Versammlung muß aber von uns auch einer sprechen,“ knurrte Kössfeld.

„Selbstverständlich, von jeder Partei einer,“ pflichtete Reese bei.

„Und alles Itrennende beiseite lassen,“ sagte Overjath hinaus.

„Aber vorher müssen wir hier erst mal in Swertrop nach dem Rechten sehen,“ rief Kuders.

„Das Rathaus übernehme ich, Du, Genosse Kuders, kannst ...“

„Ich gehe mit dir, Genosse Reese,“ jagte Kuders entschieden.

„Ich dachte, du könntest die Post ...“

„Die Post übernehme ich,“ rief der Betriebsrat von „Deutsche Erde“.

„Ich gehe zur Eisenbahn, die ist besonders wichtig,“ jagte Overjath.

„Und ich zum Straßenbahndepot,“ ließ Kössfeld verlauten. Die Generalkriegswine rollte! Soeben begann das Geheul der Alarmstreifen und Dampfmaschinen.

9. Kapitel

Die Situation war völlig klar! Die militärischen Machthaber glaubten, mit Hilfe der Maschinenwaffe nicht nur die ihnen verhasste Regierung, sondern auch die übrigen Revolutionierungseigenschaften der Arbeiter beseitigen und die alte verhasste Zwingerschaft von Militär womöglich Monarchie wieder einführen zu können. Da gab es nur eine Antwort:

„Alle Kader stehen fit!“

Wenn außer Gewerkschaften und Parteien sogar die Regierungen zum Generalkrieg aufrufen, machen auch die Lauen und Halblauen mit. Der Generalkrieg war vollkommen!

Die Demonstration auf dem Hindenburgmarkt wurde der machtvollste proletarische Aufmarsch, den die Stadt je erlebt. In endlosen Scharen zogen sie heran, die Männer, die tief unter der Erde das Brot jeder Produktion, die Kohle, gruben; die Hochöfen- und Hüttenarbeiter, die das Erz schmolzen und den widerstandstüchtigen Stahl formten und gestalteten. Dazwischen leuchteten in der Sonne die Uniformen der Eisenbahner, Postler und Straßenbahner, wimmelten zahlreiche Frauen — ein gewaltiges, braunes Menschenmeer.

Eben schlug man die rotumrandeten Regierungsausrufe an. Künftig und verflochten äugten die Spießbürger hinter den Festergardinen her. Das treubische Herz, das noch vor wenigen Stunden wie Schwertgeklirr und Wogenprall pochte, sank beim Anblick der Proletariatsmassen rückwärts nach unten. Diese einmütige und entschlossene Antwort hatte keiner vermutet. Aber dann kam wieder das hämische, aus Haß und Feigheit zusammengekeimte Grinsen in die Gesichter.

Was konnten denn die Proleten schon machen? Streiken?

Dresden-N.

HAUSRAT

GEMEINNUTZIGER VEREIN FÜR SOZIALVERSORGUNG G. M. B. H. DRESDEN, NEUSTÄDTER MARKT 8 / RUF 53220

Siedlerhausrat / Berbergsanrichtungen Einzelmöbel / Wohnungsgestaltung

REFORM- u. KINDER- u. JUGEND- u. TEEN. Matratzen und Auflagen, Diwan, Bettfedern u. alles was z. Schlafen gehört...

Winfelmanns Restaurant Verpflegungsbetrieb organisierter Arbeiterkass... Ecke Kammerer u. Schönfelder Straße

Motorräder Fahrräder H. & P. Richter Dresden-N. 6, Albertstraße 29

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König! Kammerer-Str. 27

Wichtig! - Schreinerwerkstatt - Kunst Rev. Schrotte, Kammerer Straße 4

Heinrich Richter Markgrafstr. 42 Uhren - Goldwaren - Optik

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Alfred Steglich, Oppelstr. 11

Arbeiter, deckt euren Bedarf nur bei Otto Mühle, Kammerer Straße 41

Beste Bezugsquelle für Arbeiter! Möbelgeschäft A. Volz Kammerer Straße 30

Fahrräder / Grammophone Motorräder Willy Heinicke

60 Läden 60 Ausfahrer PFUNDS MOLKEREI. Älteste und bekannteste Großmolkerei in Dresden...

Friedrich Witzdiele Feine Fleisch- u. Wurstwaren Zahnitzgasse 3

Trinkt Chabeso Ruf 53784 / Arsenal, Eingang A

Glau & Pötschke Mineralwasser-Fabrik Bier-Gründung Industriegelände, Eingang C

Brillen Schenk Hauptstr. 21 Neumarkt 4

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Herbert Blechschmidt Lousenstraße 13

Warenhaus Meißner & Co. Bischofsplatz 8/10

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Carl Köther Markgrafstr. 36

Paul Profze Lousenstraße 33 Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Wäsche-Meinelt Das Spezialgeschäft für solide Wäsche Lousenstraße 67

H. Fleisch- und Wurstwaren Spezialität: Aufschnitt Albert Jähne, Ecke Finkenstraße 1

Lebensmittel-Geschäft Gottlieb Lachmann, Fritz-Reuter-Str. 8

Uhren aller Art / Goldwaren GUSTAV PFUNDT Uhrmachermeister / Fritz-Reuter-Str. 19

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Emil Giesel, Fritz-Reuter-Str. 6

Fahrräder empf. R. Pusewei, Bautzner Str. 88

Medizinal-Drogerie E. Stephan Fichtelstraße 5b / Drogen, Farben, Lacke

Restaurant Franz Mittel Verkehrslokal der freigeorgisierten Arbeiter / Fritz-Reuter-Str. 11

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Oskar Klotzsch Altonastr. 93

Lebensmittel A. KIRSCHNER, Lousenstraße 25

Fahrräder 10 Mark Anzahlung - 3 Mark Abzahlung

Strümpfe Trikotagen Wäsche Nähartikel ALFRED BACH Hauptstraße 3

Kahl's Möbelhaus Möbel in allen Preislagen in eigener Werkstatt Altonastr. 6

J. E. Bauer Kleinstraße 36 und Bautzner Straße 10

Fleisch- u. Wurstwaren bei Paul Härtig Kammerer-Str. 23

Möbelhaus Union ist billig! Haus für Möbel jeder Art 17 Hauptstraße 17

Ewald Löschor Fleischermeister Altonastr. Ecke Lousenstraße 39

Fahrräder Opel / Express / Brennabor 10 Mark Anzahlung - 3 Mark Abzahlung

Fleisch- u. Wurstwaren Fritz Meizer, Martin-Luther-Str. 20

H. Fleisch- und Wurstwaren 4 Uhr auf sämtliche Waren u. Kaufmann

Obst-, Grün- und Kolonialwaren A. Bartholomay Oppelstraße 21

Überläufiger Wäsche u. Trikotagen Martha Meier, Oppelstraße 72

Dresden-Pieschen

Trachenberge

Dresden-A.

Möbel kauft, beschreiben Sie meine Ausstellung Konkordienstraße 38 - 40 MAX HÖHNEL

Kaplan's Großwäscherei Oschatzer Straße 30

Hosen-Ehner, Leipziger Str. 40 Spezial-Gracht für Oberländer Sport- u. Berufskleidung

Kaufhaus Fanger Oschatzer Straße 15

Hommels Schokoladenhaus Ecke Torgauer- und Etzingerstraße

Feine Fleisch- u. Wurstwaren G. Romberger Leipziger Str. 26

Weiße- und Wollwaren G. Grundel Kappelstr. 130

Opfiter Winter Leipziger Str. 22

Paul Beullig Leipziger Str. 42a

OTTO SCHMIEDER SPEISE-, SCHLAFKAMMER, KÜCHEN-EINRICHTUNGEN, EINZELNE MÖBEL

Spezialgeschäft Steinhart & Kahlenberg Trachenberger Straße 23

Weltspiegel-Lichtspiele Dienstag und Freitag Programmwechsel

Broth-Weiß- und Feinbäckerei Bruno Riedel, Marienstraße 70

Fleisch- und Wurstwaren Bernhard Zieger, Marienstraße 73

Lebensmittel Obst u. Südweine Rudolf Hartmann

Marien-Drogerie und Farbenhandlung Otto Singer, Marienstraße 50

Feine Fleisch- und Wurstwaren Paul Baldani, Großenhainer Straße 133

Dresden Reich Herren- und Damen-Frisier-Salon

Lebensmittelgeschäft Reichhold Mühl, Rühlstraße 6

Hans Georg Bräuer Fischwaren, Delikatessen Falkenstr. 7

Konditorei, Brot-, Weiß-, Feinbäckerei, Richard Bochmann Güterbahnhofstraße 15

Bäckerei und Konditorei Edwin Hennig, Annenstr. 43

Butterspezialgeschäft Curt Mohr, Falkenstr. 7

Matthias & Co. Größtes Photohaus Dresden-Süd

Wittlich & Röhler, Spez. Eißere Brauwein und Weine

Dresden-Milch Milchener Kauf- u. Farben-Zentrale

Sigarenn-, Sigareten-, Rauch- und Kau-Tabake

Werbt Abonnenten

Möbel aller Art Hauptlinger: Kaulbachstraße 31, i. Ecke Pillnitzer Straße

Tambour - Kaffee - Rösterei O. m. b. H. Dresden-A., Marienstraße 16

Ledersohlen / Lederabfälle G. Uhlig Nachf. Weiße Gasse 5, Ecke Große Probiergasse

Dresden-Briesnitzer-Möbel-Richter Das Haus der guten Möbel / Verkauf- und Anstellungsbüro

Musik-Zschocke, Humboldtstr. 2

Möbel- u. Polsterwaren E. Goldhammer Große Brüdergasse 19

Antonmarkthalle Hugo Richter Dimeckgasse 20

D. Hantusch, Stand 232/53

Dresden-Briesnitz Perle-Drogerie Drogen / Farben Kolonialwaren